

# Volksrecht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühren  
Bekanntmachung für die einseitige  
Veröffentlichung über deren Raum  
20 Pfennige, für Beilagen und  
Berichtungen 10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis zum Freitag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Die „Volksrecht“  
erschint täglich Nachmittags um 6  
Uhr Sonntag und in den die  
Wochentage, Neue Straßenseite 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Die Preisverhältnisse sind 20 Pf.  
pro Woche 20 Pf.  
Abbestellungsliste Nr. 700.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 18.

Montag, den 22. Januar 1900.

11. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Anfall-Fürsorge für Gefangene.

Dem Reichstag ist in diesen Tagen, wie unsere Leser wissen, der Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Unfallversicherungsgesetze zugegangen. Im Zusammenhange steht der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Unfall-Fürsorge für Gefangene. Bevor wir uns eingehend mit der wichtigen Materie der Abänderung der Unfallversicherung befassen, wollen wir diesen Gesetzentwurf vorbesprechen.

Entschädigung der Strafgefangenen und sonstiger ihrer Freiheitsberaubung betroffenen Personen für die während der Dauer ihrer Internierung in Anstalten erlittenen Schäden, ist eine aus sozialdemokratischer Forderung. Es hat lange gedauert, bis der kapitalistische Staat sich zur Anerkennung der Berechtigung dieser Forderung aufgeschwungen. Doch dies endlich geschieht, ist wiederum ein Beweis für die Sieghaftigkeit sozialistischer Ideen, die sich trotz allem Widerstand und Kampf, welchen sie zunächst erwecken, schließlich durchdringen. Vor einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum noch sahen unsere Gegner in dem Gefangenen den besten Missethäter, für den höchstens nach Beendigung der Haft die christliche Wohlthätigkeit ein Scherlein spenden brauchte; eine Entschädigungspflicht des Staates bei Gefangenen unglücklichen Umständen dünkte ihnen ganz unheimlich. Heute liegt bereits ein Gesetzentwurf vor; — er zwingt die Agitation der Sozialdemokratie zu stetigem, auch noch immerhin langsamem Fortschritt auf der politischen Bahn.

Die den Schwächen und Mängeln des Gesetzentwurfs die Kritik unserer Vertreter und unserer Presse einbringen haben. So lange der politische Kampf aus unseren Reihen so viele Opfer fordert, tüchtige ehrenhafte Leute, die ihrer Ueberzeugung willen in die Gefängnisse wandern und dort zum Teil Gefangenenernährung und Gefangenenerziehung, die in öfteren Fällen schon Krankheit, Siedtstadium und Unfälle hervorgerufen haben, besteht auch bei uns als ein lebhaftes Interesse an der Unfallentschädigung. Mehrere und deshalb zunächst dagegen, daß diese Unfall-Fürsorge mehr in die Form einer „wohlthätigen Sozialfürsorge“ anstatt in die eines in gerichtlichen Formen abgeleiteten Rechtsanspruches gekleidet wurde, welcher letzteren die Regierung in ihrer Begründung deshalb nicht gewähren will, weil er „die Disziplin in den Gefängnissen gefährden“ würde. Einen Beweis für diese Behauptung beizubringen, ist den wortgewaltigen Geheimräthen wohl sehr schwer und auch der Reichstag hat daran wohl nicht gedacht, als er 1897 die Regierung ersuchte, „einen Gesetzentwurf zum Zweck der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Strafgefangenen vorzulegen.“ Die Regierung erkennt an, daß der Mangel der Unfall-Fürsorge bei Beschäftigung von Strafgefangenen zu „Unzulänglichkeiten“ geführt hat; indessen hat sie jetzt in ihrem Gesetzentwurf die Entschädigung so knapp bemessen und so beschränkt, daß sie den „Unzulänglichkeiten“ nur in ganz unvollkommener Weise begegnet. Die Entschädigung soll nach dem Entwurf bei „Körperverletzung oder Tödtung“. Hier zunächst dafür einzutreten sein, daß die Entschädigung auszubehalten ist auf aus der Haft und der Arbeit während derselben resultierendes Siedtstadium und Krankheit.

Dann aber erscheint uns auch die Entschädigung an sich ganz ungenügend. Die Regierung beruft sich in ihren Motiven darauf, daß bei der geplanten Versicherung der Gefangenen insbesondere die dem Versicherungsverhältnis zu Grunde zu legenden Lohnbeiträge fehlen. Es ist dies eben der Thatsache zuzuschreiben, daß heute die Arbeitskraft des Gefangenen an den Unternehmer der Gefängnisarbeit zu einem Preise verkauft wird, der in gar keinem Verhältnis zu dem Wert steht, den die Arbeitskraft des Betroffenen in der Freiheit hat. Der Gefängnisarbeiter selbst hat ja nichts zu beanspruchen, als seine Gefängnislohn und die „Arbeits-Verlohnung“, die er von der Verwaltung erhält, wenn er mehr als sein „Pensum“ herstellt, und die ihm bei den geringsten Verfehlungen gegen die Hausordnung auch noch entzogen werden kann. Die Willigkeit der Arbeitskraft macht den Unternehmer der Gefängnisarbeit erst fähig, jede Konkurrenz des freien Arbeiters niederzuschlagen. Darin liegt, und nicht, wie es gewisse „Mittelständler“ wollen, in dem Verbot der Gefängnisarbeit, die Lösung der durch sie hervorgerufenen Schäden. Die Beschäftigung des Gefangenen, und zwar in einer seiner Befähigung wie seiner Neigung entsprechenden Arbeit ist nicht nur vom Standpunkte der Humanität gegenüber dem Gefangenen im Allgemeinen zu verlangen, sondern auch ein erzieherisches Mittel gegenüber den gesellschaftlich nutzbringender Arbeit entwöhnten Elementen im Besonderen. Doch ist unter allen Umständen zu verlangen, daß der unfrei Arbeiter für gleiche Leistung wie der freie auch gleiche Bezahlung erhält. Gesetze dies, so könnte sich Herr von Posadowsky auch nicht in Verlegenheit darüber befinden, welche Lohnbeiträge er der Unfallentschädigung zu Grunde legen soll.

Der Versicherung unterliegen ja nicht nur die Gefangenen in Zuchthäusern, Gefängnissen und Strafanstalten, sondern auch die in öffentlichen Besserungs- und Arbeitshäusern, in Landarmen-, Werkhäusern und ähnlichen Anstalten untergebrachten Personen, ebenso die auf Grund strafrechtlicher oder polizeilicher Bestimmungen zur Forst- oder Gemeinbearbeitung angehaltenen Personen. Nur der Hochmuth und Unverstand der kapitalistischen Bourgeoisie wird diese Personen als für die Gesellschaft verlorene Elemente bezeichnen; wir wissen, daß sie Opfer der kapitalistischen Produktionsweise, Opfer der gesellschaftlichen Zustände sind, die in den meisten Fällen nur der liebevoll helfenden Hand bedürfen, um sich wieder zu gesellschaftlich nützlichen Faktoren zu wandeln. Auch bei ihnen muß verlangt werden, daß die Gemeinden und Anstalts-Verwaltungen ihre Arbeitskraft bei gleicher Leistung wie beim freien Arbeiter nicht unter dessen Lohn für sich und für Andere anwenden dürfen.

Da dies heute nicht der Fall ist, kommt der Regierungsentwurf auf das Hilfsmittel, in allen Fällen den ortsüblichen Tageslohn zur Grundlage von Entschädigungen für Unfälle zu machen, die dem Gefangenen zustoßen. Der Höchstbetrag der Rente, im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit soll — 300 Mark pro Jahr betragen, im Falle bloß theilweiser Erwerbsunfähigkeit entsprechende Kürzung. Man braucht nur als einzelnes Beispiel einen Arbeiter herauszugreifen, der, wegen einer Schlägerei oder sonstigen Vergehens, zu Gefängnis verurtheilt, sich dort bei der Arbeit einen Unfall zuzieht und nun, trotzdem er in der Freiheit höheren Lohn bezog, bloß nach dem Satze des ortsüblichen Tageslohns entschädigt wird, um zu erkennen, wie ganz und gar ungenügend diese Entschädigung ist! Man darf eben nicht von der Ansicht ausgehen, daß die Inzassen der Gefängnisse lauter

arbeitschene Elemente wären, die vor ihrer Bestrafung weder den Unterhalt ihrer Familien bestritten noch für sich selbst gearbeitet hätten. Vermag die bürgerliche Sozialreform sich von dieser thörichten Vorstellung zu befreien, so wird sie selber das Ungenügende ihrer „Unfallfürsorge“ zugestehen müssen.

Im Uebrigen lehnt sich der Entwurf an die vorhandene Gesetzgebung an; man hat nur hier und da verbessert. So soll z. B. die Entschädigung ganz fortfallen, wenn bei einem in Folge des Unfalles verstorbenen Gefangenen Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß der Getödtete auf freiem Fuße zum Unterhalte seiner Angehörigen nicht beigetragen hätte. Es fehlen dann auch die berühmten Heilanstalten der Berufsgenossenschaften nicht. Um die Entschädigung zu kürzen, kann jeder Zeit ein Heilverfahren eingeleitet werden und, wenn sich der Verletzte demselben entzieht, ihm die Entschädigung ganz oder theilweise verweigert werden. Dagegen fehlt völlig, wie schon Eingangs erwähnt, das geregelte gerichtliche Verfahren, in welchem der Entschädigungsberechtigte seine Ansprüche geltend machen könnte. Es heißt vielmehr im § 11: „Die Festsetzung der Entschädigungen erfolgt durch die Ausführungsbehörde.“ Die Landes-Zentralbehörde bezeichnet die für die Entschädigung über Beschwerden zuständige Stelle. Diese muß in dem Bescheid angegeben werden. Die Entscheidung kann mit Genehmigung des Reichskanzlers dem Reichsversicherungsamt übertragen werden. Die zur Entscheidung berufene Stelle entscheidet endgültig.“

Schon diese knappe Skizze der Gesetzesvorlage zeigt, wie veränderungsbedürftig sie ist und namentlich unsere Partei, die hier das Interesse der Armen und Bedrückten zu vertreten hat, wird weitgehende Verbesserungsversuche zu machen haben. Nicht Wohlthat sondern Recht, muß den Herren am Regierungstische zugerufen werden, um aus dieser Vorlage etwas sozial Werthvolles hervorgehen zu lassen.

### Mit der Flottenvorlage

beschäftigte sich am Sonnabend eine Sitzung des Staatsministeriums unter Vorsitz des Fürsten Hohenlohe. Am Montag wird nach jetzigen Mittheilungen die Vorlage noch nicht dem Reichstage zugehen können. Vielmehr soll am Montag erst der Ausschuss des Bundesraths für Seewesen und am Dienstag das Plenum des Bundesraths sich mit der Vorlage befassen. Am Mittwoch soll sie dann bereits an den Reichstag gelangen.

Die Vorlage soll über die Kosten der neu zu verlangenden Schiffsbauten nichts enthalten, in der Begründung sollen dieselben auf über 1600 Millionen Mark veranschlagt sein.

### Von der Blüthe der Nation.

Einen tiefen Einblick in die Lebensgewohnheiten der studirenden Jugend gewährt uns folgende, seit länger Zeit in allen Instituten der Heidelberger Universität angehängene Bekanntmachung:

„Es sind in letzter Zeit öfters Klagen laut geworden, daß Studierende im Verkehr mit Beamten der Universität und der Universitätsanstalten (Bibliothek, Sekretariat, Kasse, Auditor u. s. w.) es an der unbedingt nöthigen Höflichkeit fehlen ließen. So ist namentlich darüber geklagt worden, daß Studierende, ohne die Kopfbedeckung abzunehmen, mit brennender Zigarette und rauchend, sogar mit Händen auf dem Amtszimmer erschienen sind und sich, wenn sie auf die Ungehörigkeit aufmerksam gemacht worden sind, in wenig taftvoller Weise benommen haben.“

trägt. Nicht einmal Bewußtlosigkeit läßt sie der Verfasser empfinden.“

Rougon machte eine Geberde schredlichen Jornes.

„Ja, ja“, rief er, „ich bin auf die Nummer schon aufmerksam gemacht worden. Sie müssen ja sehen, daß ich die Stellen mit Rothstift angezeichnet habe. . . . Und das ist nun eine Zeitung, die auf unserer Seite steht! Jede Zeile darin muß ich täglich sorgfältig prüfen. Oh! Selbst der Beste unter den Zeitungsschreibern taugt nichts; Allen sollten die Häufe abgeschnitten werden!“

Er kniff die Lippen zusammen und setzte leiser hinzu: „Ich habe nach dem Chefredakteur geschickt und erwarde ihn.“

Der Oberst hatte Herrn Rahn die Zeitung aus der Hand genommen. Auch er entrißte sich und gab dann das Blatt an Herrn Beauvin weiter, der nun auch ganz außer sich gerieth. Rougon hatte die Ellenbogen auf den Schreibtisch gestemmt, die Augenlider halb geschlossen und dachte nach.

„Da fällt mir ein“, sagte er und wandte sich an seinen Sekretär, „der arme Juvenin ist ja gestern gestorben. Da ist ja eine Inspektorstelle frei, und wir müssen einen ernennen.“

Die drei Freunde vor dem Kamin blickten rasch empor. „Oh, es ist eine ganz bedeutungslose Stelle“, fuhr er fort. „Sechstausend Franks. Zu thun ist dabei freilich gar nichts.“

Doch er wurde durch das Öffnen der Thür zu einem Nebenzimmer unterbrochen.

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.  
Deutsch von Kurt Baake.

(Nach- und verboten.)

Während Rougons Sieges ging eine geheime Umwandlung vor, knüpften sich die Bande enger, begann er sie mit züchtiger Freundschaft zu lieben, indem er seine Stärke nicht mehr allein zu stehen, indem er fühlte, daß Ehrgeiz seine Brust weitete. Er vergaß, daß er sie im Stillen verachtet, und das ging so weit, daß er sie sehr klug, sehr stark, sehr nach seinem Bilde getraufelt anfaß. Vor Allem wollte er in ihnen respektirt werden, und so verteidigte er sie denn mit einem Eifer, als wenn die zehn Finger seiner beiden Hände verteidigt hätte. Die Schwächen waren die feinen. Ja, er bildete sich selbst sogar ein, er habe ihnen viel zu verdanken und er lächelnd ihrer unermüdbaren Thätigkeit. Er selber hatte keine Bedürfnisse, aber für die Hande schnitt er die besten Beutestücke ab und genoß dabei bis zum Uebermaß die persönliche Freude, den Glanz seines Glüdes auf seine Umgebung auszudehnen.

„Geben Sie denn das gelesen? . . . Im Zeitartikel werden die niedrigsten Leidenschaften aufgestachelt. Hören Sie mal folgenden Satz: Die strafende Hand muß schuldlos sein, denn wenn die Justiz sich unversehens irt, dann löst sich das Band der Gesellschaft von selbst auf. — Versehen Sie, wie das gemeint ist? . . . Na, und erst das Vermischte. Da finde ich eine Notiz darin, wonach der Sohn eines Getreidehändlers eine Gräfin entführt hat. Solche Anekdoten sollten nicht durchgelassen werden. Das vernichtet ja den Respekt des Volkes vor den oberen Klassen.“

Herr d'Escorailles mischte sich ein: „Das Journalist ist noch viel schlimmer. Es handelt sich um eine mehrjährige Dame, die ihren Gatten haßt.“

„Ja“, erwiderte der Sekretär und suchte einen Brief unter den anderen hervor. „Er beginnt sich in den Verhältnissen seiner Präfektur zurecht zu finden. Dem ganzen Departement Deux-Sevres, vor Allem aber der Hauptstadt Niort, müsse die kräftige Faust gezeigt werden, schreibt er.“

„Ja“, erwiderte der Sekretär und suchte einen Brief unter den anderen hervor. „Er beginnt sich in den Verhältnissen seiner Präfektur zurecht zu finden. Dem ganzen Departement Deux-Sevres, vor Allem aber der Hauptstadt Niort, müsse die kräftige Faust gezeigt werden, schreibt er.“

Rougon durchsah den Brief. „Ganz recht“, flüsterte er, als er fertig war, „er soll die Vollmachten haben, die er verlangt. . . . Antworten Sie ihm nicht erst, das ist unnötig. Mein Rundschreiben ist für ihn bestimmt.“

Er ergriff die Feder wieder und suchte nach den Schlüsselwörtern. Du Poizat hatte in seiner Heimatstadt Niort Präfekt sein wollen und der Minister beschäftigte sich bei jedem wichtigen Entschlusse vor Allem mit dem Deux-Sevres-Departement, indem er Frankreich nach den Vorschlägen und Bedürfnissen seiner alten Leidengefährten regierte. Er benutzte endlich sein vertrauliches Schreiben an die Präfekten, da gerieth Herr Rahn plötzlich in laute Entrüstung.

„Nein, es ist ja schändlich!“ schrie er. Er schlug mit der Hand auf die Zeitung, die er vor sich hatte und wandte sich an Rougon: „Haben Sie denn das gelesen? . . . Im Zeitartikel werden die niedrigsten Leidenschaften aufgestachelt. Hören Sie mal folgenden Satz: Die strafende Hand muß schuldlos sein, denn wenn die Justiz sich unversehens irt, dann löst sich das Band der Gesellschaft von selbst auf. — Versehen Sie, wie das gemeint ist? . . . Na, und erst das Vermischte. Da finde ich eine Notiz darin, wonach der Sohn eines Getreidehändlers eine Gräfin entführt hat. Solche Anekdoten sollten nicht durchgelassen werden. Das vernichtet ja den Respekt des Volkes vor den oberen Klassen.“

Herr d'Escorailles mischte sich ein: „Das Journalist ist noch viel schlimmer. Es handelt sich um eine mehrjährige Dame, die ihren Gatten haßt.“

„Ja“, erwiderte der Sekretär und suchte einen Brief unter den anderen hervor. „Er beginnt sich in den Verhältnissen seiner Präfektur zurecht zu finden. Dem ganzen Departement Deux-Sevres, vor Allem aber der Hauptstadt Niort, müsse die kräftige Faust gezeigt werden, schreibt er.“

Rougon durchsah den Brief. „Ganz recht“, flüsterte er, als er fertig war, „er soll die Vollmachten haben, die er verlangt. . . . Antworten Sie ihm nicht erst, das ist unnötig. Mein Rundschreiben ist für ihn bestimmt.“

Er ergriff die Feder wieder und suchte nach den Schlüsselwörtern. Du Poizat hatte in seiner Heimatstadt Niort Präfekt sein wollen und der Minister beschäftigte sich bei jedem wichtigen Entschlusse vor Allem mit dem Deux-Sevres-Departement, indem er Frankreich nach den Vorschlägen und Bedürfnissen seiner alten Leidengefährten regierte. Er benutzte endlich sein vertrauliches Schreiben an die Präfekten, da gerieth Herr Rahn plötzlich in laute Entrüstung.

Die daran Studirenden werden darauf hingewiesen, daß derartige Vorlesungen gegen die guten Sitten verstoßen, und daß, wie von den Universitätsbehörden zuvorkommend Besen und Freundschaft gegenüber den Studenten erwartet wird, so auch von letzteren das entsprechend geziemende Verhalten unbedingt gefordert werden muß.

Zum Überhandnehmen gegen diese Warnung werden nötigenfalls durch Disziplinarstrafen geahndet werden.

Der Prorektor: Dshoff.

Diese studirenden Flegel sind natürlich Söhne der Edelsten und Besten des Landes. Und wir meinen, daß diese sehr gut thun würden, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie der Hohn ihrer Jungen gesteuert werden soll. Statt dessen behelligen sie sich damit, unter dem Deckmantel der „Besämpfung der Noth der unteren Bevölkerungsschichten“ politische Bevormundungsmaßregeln gegen die Arbeiterklasse auszufädeln.

Karl Peters sucht sich durch weitere Schimpfbriefe an den Abg. Nebel in Erinnerung zu bringen. Der „Vorwärts“ erklärt, er werde diesen Brief als den Durchschnittsfall eines reichsdeutschen Afrikaners entsprechend und zugleich als typische Form der weltpolitischen Paralyse dem Kolonialmuseum überweisen.

**Aus Sachsen-Weimar.** Auch der Genosse Kollentz ist durch seine „aufreizende Sprechweise“ hinlänglich bekannt, so daß eine für den 20. Januar in Weimar-Jena geplante Versammlung, in welcher der in Aussicht genommene Redner über die sozialpolitische Gesetzgebung, hauptsächlich die Altersversicherungs-Gesetze sprechen sollte, mit dieser „Begründung“ verboten wurde. Trotzdem steht in der allerhöchsten Randgebung anlässlich der Jahreshauptversammlung, welche der Großherzog an die Vorstände der Goethe-Gesellschaft, der Schiller-Stiftung und der deutschen Shakespeare-Gesellschaft richtete: „daß Weimar wie zu Anfang so am Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Mittelpunkt im geistigen Leben des deutschen Volkes ist, würdig der großen Ueberlieferung einer unvergleichlichen Zeit.“

Die reaktionäre Wandlung im Großherzogthum ist die Veranlassung, daß die diesjährige Landeskongress der Sozialdemokratie des Großherzogthums, um öffentlich tagen zu können, am zweiten Dinstage in Erfurt stattfindet, weil sie im eigenen gefestigten Vaterland nicht stattfinden darf.

**Aus dem Reichslande.** Eine von unseren Straßburger Parteigenossen einberufene Volksversammlung, in der über die mit der Annahme der neuen Flottenvorlage verknüpfte Mehrbelastung des Volkes referirt und außerdem der sozialistische Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden sollte, wurde vom Bezirkspräsidenten des Unterelsaß ohne Angabe von Gründen verboten.

Der aus französischen Reaktionszeiten stammende Straßburger Abgeordnete über die „aufreizenden Rufe“ hat abermals ein Opfer geordert. Ein Gerbereibesitzer aus Barr war von dem Schöffengericht zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden, weil er in einer Bluthochzeit: Vive la France! gerufen hatte. Er legte gegen dieses Urtheil Berufung ein. Obwohl in der ersten Verhandlung festgesetzt wurde, daß der Mann zur Zeit jener schrecklichen Verbrechen total betrunken war und in nächsterem Zustande ein durchaus friedlicher Bürger ist, hielt die Strafkammer zu Colmar eine Geldstrafe von 150 Mark als Sühne für angebracht. Das Reich athmet auf!

**Ausland.**

**In Oesterreich** ist das Ministerium Wittel gerade 4 Wochen am Ruder gewesen. Am Freitag, den 23. Dezember, wurde es ernannt, am Donnerstag, den 19. Januar, erhielt es seine Entlassung. Das neue Ministerium Röscher hat sich am Freitag konstituir. Der neue Ministerpräsident Röscher hat auch das Ministerium des Innern übernommen.

Unser Wiener Parteigänger, die „Arbeiterzeitung“, begrüßt das neue Ministerium mit folgenden Ausführungen:

Es wäre also so, das Ministerium Röscher, das auf die Welt gekommen ist, um den Staat, der aus den Fugen ist, wieder zusammenzuhalten. Seltsam genug ist es auch. Ein Abgeordneter, ein Diplomat, dann die höchsten Reize des Ministeriums Mittel und dazu erprobte und unerprobte Kräfte aller Arten: ob nun die neuen Herren eine Regierung werden vorziehen können, eine Regierung, die über den Tag hinaus zu sorgen trift — das mag man eben abwarten. Vorläufig ist das Gefühl, das man dem neuen Kabinett entgegenbringt, kein anderes als absolute Gleichgültigkeit. Ein Ministerium mag schließlich der Staat immer haben: getriggt es, eines umzubringen, können leider wieder ein anderes. Man mag also allmählich recht optimistisch und denkt, daß die Welt so ziemlich immer dieselben sind. Die Sozialdemokraten jedoch sind nicht optimistisch, wenn ein Ministerium fällt und nicht, wenn ein neues kommt. Etwas anders ist, daß jede Regierung die Sozialdemokraten der Interessen der herrschenden Klassen ist, und geben die gleichmäßig zur Tagesordnung unserer Arbeit über!

Das neue Ministerium hat ein schweres Stück Arbeit vor sich; ob's ihm aber gelingt oder nicht, gelangt die offene Wunde des Rationalitätsverlustes zu heilen: immer wird die Frage andächtig aufgeworfen sein. Entweder das Parlament wird zum Leben erweckt, oder es erfolgt die Löseerklärung. Ein Drittes gibt es nicht: absolut nicht es kein weiteres Versuchen und Bemühen der Staatskräfte mehr. Es wäre also sehr mühsam, wenn man die neue Regierung politisch berechnend ausgefallen wäre. Etwas wäre die Naturgemäßheit des Erfolgs vergrößert worden, und zweitens würde im Falle des Scheiterns die Verantwortlichkeit auf die Regierung übergehen. Seit drei Jahren reden man sich auf die Verantwortlichkeit und Dummheit der Minister aus; wir brauchen also umso mehr geschickte und charaktervolle Minister, damit sie entweder rüsten oder wenigstens die Möglichkeit ihrer Anträge verhindern. Das Ministerium Röscher ist ein Kabinett der Verantwortlichkeit, aber mehr als das scheint eben in Oesterreich nicht vorstellbar zu sein. Die Kraft seiner Talente ist aber ein weitaus größerer Erfolg eines Staates; wer die Ziele erwischt, die Oesterreich erreichen lauz, muß eben mit dem beschriebenen Pfad der Kräfte rechnen, die hier vorhanden sind. Das Ministerium Röscher vertritt nicht wohl jenes Ausmaß von Talent und Begabung, das in Oesterreich überhaupt vorhanden war. Bringt es also nicht zuwege, so wissen wir, daß hier nichts zu Wege gebracht werden kann. Es ist also wohl das Risiko des unmöglichen Staates sein. Was wir ab, wie schnell sich's einstellt.

**Englischer Erfolg im Sudan.**

Im Sudan haben die Engländer einen neuen Erfolg errungen. Bei der Vernichtung des Mahdi ist von seinen Führern allein Osman Digma entkommen. Jetzt wird berichtet, daß auch dieser gefangen genommen worden ist und am Sonntag in Suakin eintrifft wird.

Die Gefangennahme Osman Digma's befreit die Engländer von einer schweren Sorge. So lange dieser Mann lebte, der zwanzig Jahre lang die Seele alles militärischen Widerstandes war, konnte sich England keines Sieges im Sudan recht erfreuen. Wie werthvoll ihm die Befreiung Osman Digma schon jetzt ist, erhellt aus der Nachricht, daß das erste Marailon der Cameron-Hochländer nach dem Kap beordert worden ist. Es wird in Aegypten durch ein Militz-Regiment ersetzt werden. Das konnte einem Osman Digma gegenüber kaum riskirt werden. Jetzt aber darf der ägyptische Kommandeur vorläufig und auf lange Zeit hinaus als erledigt gelten. Wenn Menelik nicht Verlegenheiten herausbeschwört, hat Endland in Nordafrika Ruhe und Ordnung. Ritcheuer ist dort wirklich abkömmlich geworden.

**Suchbare Hungersnoth in Indien.** Ueber die Hungersnoth in Indien sind schon mehrere Nachrichten in die Presse gelangt. Die ganze suchbare Wahrheit wird jedoch erst jetzt aus dem Munde der höchsten englischen Beamten in Indien bekannt.

Im Generalgouvernementsrathe zu Kalkutta hielt der Sekretär des Departements für Ernährung und Ackerbau Jobson eine Rede über die zur Zeit in Indien herrschende Hungersnoth. Bis Ende März würden die der Regierung durch die Hungersnoth erwachsenden Kosten 30 oder 40 Millionen Rupien betragen. In den britischen Territorien hätten jetzt 22 Millionen Menschen unter der Noth zu leiden, in den Eingeborenen-Territorien 27 Millionen. Es müßte eine Entscheidung dieses beispiellosen Zustandes getroffen werden. Der Vorgesetzte führte sodann aus, daß von der Hungersnoth betroffene Gebiete sei in einer Weise gewachsen, welche die schlimmsten Befürchtungen übersteige. Das Land leide jetzt unter einem Mangel an Vieh, Wasser und Nahrungsmitteln, welcher sich in der suchbarsten Weise geltend mache. Circa 3 1/2 Millionen Menschen empfinden jetzt Unterernährung. Im Jahre 1897 seien in England Hunderttausende für die Nothleidenden gesammelt worden und die ganze Welt habe Anteil genommen an den Sorgen Indiens. Jetzt habe Indien sich allein durchzutappen, denn alle Gedanken Englands und der Engländer konzentriren sich auf Südafrika. Indien müsse seine Aufgabe mit Geduld und Tapferkeit durchführen in dem Bewußtsein, eine Pflicht zu erfüllen, wenn es Millionen von Menschenleben vor dem Hungertode rette.

**Näheren auf den Karolinen** werden angekündigt. Den „Münchener Neuest. Nachr.“ wird aus Berlin gemeldet, daß der neue Gouverneur in Ponape „neuerdings Feindseligkeiten zwischen den katholischen und protestantischen Eingeborenen“ befürchtete. — Das wäre ein netter Anfang.

**Der Krieg in Südafrika.**

Die Engländer sehen den neuen Kämpfen um Ladoburgh mit großer Zuversicht entgegen und erwarten die Entsetzung der seit Anfang November belagerten Stadt in wenigen Tagen. Andererseits aber wird aus London berichtet, daß der Vorkämpfer General Joubert die größere Hälfte der Divisionen Warren, Smitton und Dundonald unbelästigt über den Tugela ließ, um sie in den dortliegenden Thalschluchten einzuschließen, ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie zwischen dreijährigem Kreuzfeuer vom Swartkops, Dewbroop und den Onderbrook-Höhen aufzureiben. Die in Mittheilungen widerspricht nicht die „Neuter“-Weldung aus Swartmansfontein vom Freitag, daß die Buren auf die Beschädigung ihrer Laufgräben durch die englischen Schiffsgechütze nicht antworteten. Nur wenig Buren seien auf den Höhen gesehen worden, die Mount Alice gegenüber liegen. Dieses Verhalten der Buren entspricht durchaus der von ihnen bisher beobachteten Taktik.

Ueber die Absichten der Engländer berichtet der „Post. Jg.“ zufolge der Berichtstatter des „Daily Telegraph“ im Hauptquartier Bullers vom 19. Januar: Die von Dundonald besetzte Stellung unweit Action Homes beherrsche einen leichten Zugang nach Ladysmith und unterbreche die Verbindung des Feindes mit dem Freistaat. Kavallerie hatte die Stellung. Die britische Artillerie beziehe sich unangefochten die Burenlinien, der Feind antwortete schwach. Warren dränge stetig nach Ladysmith vor. „Daily Mail“ glaubt zu wissen, Lytteltons Brigade werde demnächst nach heftiger Beschädigung der Front die Buren angreifen und Warren inzwischen versuchen, die rechte Burenflanke zu umgehen. Die Besatzung von Ladysmith werde einen entschloffenen Ausfall nach Westen machen, gleichzeitig werde Bullers Brigade die Burenstellungen bei Colenso angreifen.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 20. Januar.

Der Reichstag setzte heute die Berathung des Etats des Reichskanzlers fort. Weder links noch rechts waren irgendwie hart bezeugt: es wurde eben kein „Jugstid“ aufgeführt. Und doch war die Debatte im Grunde viel wichtiger, als die geistige, soweit sich diese auf die Interpellation Müller bezog: äußerlich wie innerlich knüpfte sie an den zweiten Theil der gestrigen Sitzung an. Die Erörterungen der Regierungsmänner und der Kontraktionisten über die Frage, ob die Sozialdemokratie eine vorübergehende oder eine dauernde Erscheinung sei, ob sich mehr die Politik des Zugriffs oder die des Abwartens empfehle, wurden fortgesetzt; aus diesem häuslichen Zwist im Lager der Herrschenden entwickelte sich allmählich eine regelrechte Sozialkämpfdebatte.

Im Namen anderer Fraktionen hob Nebel mit Recht hervor, daß dieser Ausbruch von Unzufriedenheiten zwischen Anparanern und Gouvernementsmännern im Grunde sehr trübselig sei. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, ob man ihr so oder so, auf dem Wege der milden Politik oder dem der Ausnahmegeetze beuge. Es kam wieder einmal zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen unterem Redner und dem Präsidenten, der das bekannte Kaiserwort von der vorübergehenden und sich auflösenden Erscheinung nicht erörtern wollte, weil dasselbe, wie der Graf-Präsident unter stürmischer Heiterkeit sagte, nicht im Reichsanzeiger gefanden habe. Als vorübergehende Parteien der vorübergehlichen Rede Nebels — der übrigens Riemann aufmerk-

samer lauschte, als der Reichskanzler, der in unmittelbarer Nähe des Redners Borko gefaßt hatte — sind seine gründliche Fertigung des Gründers Kardorff, des Sozialistenfeindes und Bleichröber-Freundes, sowie der Hinweiss auf den Terrorismus der über Arbeiterterrorismus zu zerrörenden Konservativen zu betrachten; der letztere Stelle folgte lauter Beifall, der sich nicht auf die Wände der Sozialdemokraten beschränkte.

Hatte gleich bei Beginn der Sitzung der Herr Dr. Hof in gewohnter Weise über die Noth der Landwirtschaft und die Verschlepptheit der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie und verschiedene andere Dinge unter dem Himmel und auf der Erden geträht, so sahen sich nach Nebels Rede noch die konservativen Notabilitäten bemüht, nacheinander einen Akt gegen die Regierung auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Der erste war der Herr v. Röscher, Präsident des Dreiklassenhauses und Krieger im Kampfe der Konservativen gegen Hohenlohe. Der geschätzte Herr hatte die unschätzbare Güte, durch den Gebrauch des kleinen und doch so bedeutungsvollen Wörtchens „mindestens“ die Staatsstreiche der Herren von der Rechten zu jagefesseln: „mindestens“ von allen ihren verfassungsmäßigen Mitteln“ hätte die Regierung Gebrauch machen sollen um die Zuchthausvorlage durchzubrüden. Die Linke merkte es sich sofort und wird Gebrauch davon zu machen wissen.

Nach dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses sprach er, der vom Zipperelein geplagte Sohn seines Vaters, der Vertreter von Jerichow, Fürst Herbert Bismarck. Er empfahl — natürlich — die Politik der entschlafenen vaterlichen Durchlaucht als unfehlbar wirksames Heilmittel gegen die Sozialistenplage; außerdem verzapfte er einige Kapriolen aus dem dritten Bande der Bismarck-Memoiren, die bekanntlich dem Publikum vorab noch vorenthalten bleiben sollen und erging sich in heftigen Angriffen gegen Grafen Schlobowitsch in dem die Familie Bismarck einen usurpatorischen Einbringling in das ihr von Gottes- und Rechtswegen zustehende Reichskanzleramt sieht. Dagegen fiel allgemein die verhältnismäßig schonende Behandlung auf, die er dem Grafen Posadowsky zu theil werden ließ — sonst befindet sich doch Posaw in gleicher Verbannung mit Schlobowitsch will etwa Herbert nach dem Rezept: „Theile und herrsche“ verschaffen an als das Söhnchen. — Nichts zu sagen ist über den dritten konservativen Matador, den Dr. Arndt, ein getauften Juden seines Zeichens, obwohl derselbe eine halbe Stunde hindurch über Noth der Landwirtschaft, starke Männer und Silberwährung redete.

Die Neben der Häupter der konservativen Opposition blieben Monologe: die anwesenden Mitlieder der Regierung erwiesen ihnen nicht die Ehre, darauf zu antworten. Pals die Regierung mit den Konservativen verschüttet, so laß sie sich damit trösten, daß sie das Vertrauen des Zentrums besitzt, das ihr Herr Lieber mit all dem Pathos, das ihm zur Verfügung steht, entgegenbringt. Auch Herr Hofprediger Stöckel gibt seinen Segen dazu, daß von einer Ausnahme-gesetzgebung gegen die Sozialdemokraten Abstand genommen wird. Wird seinen Ausführungen der geistliche Salbe abgeföhren, die er ihnen die Aufmerksamkeit bleibt ein sehr beherzigenswerther Kern über beherzigenswerth nämlich für seine konservativen Ex-Parteigenossen!

Für die Erweiterung des Hauses, für welche gestern Liebermann gesorgt hatte, trug heute Herr v. Kardorff Sorge. Derselbe stellte den seligen Bleichröber als das Muster eines guten Christen hin, der sich selbst dann noch für die Reichsreform erwärmt habe, als es nichts mehr bei demselben zu verdienen gab. Wie rührend.

Den Rest des Tages füllte eine Agrardebatte aus. Eine ganze Brigade agrarischer Redner aus dem Konservativen- und dem Zentrumslager zog gegen den freisinnigen Kleinbauern Steinhauer in's Feld; der beste Demobastir, wie trefflich manche der Ausführungen des genannten Herrn gesehen haben. — Nach fünfstündiger Sitzung vertagte sich das Haus auf Montag. In diesem Tage wird die zweite Lesung des Etats durch die erste Berathung der Novelle zur Unfallversicherung unterbrochen werden.

Aus den Verhandlungen geben wir nach den vorliegenden Berichten Folgendes wieder:

Abg. Nebel (Soz.): Einige Bemerkungen des Staatssekretärs Grafen von Bälou könnten nach außen hin den Eindruck erwecken, als wenn die Sozialdemokratie das Interpellations-Interpellation abgelehnt hätte. Wir haben gar keine Erklärung abgeben können, weil wir von den Interpellanten gar nicht gefragt worden sind. — Es war vorher die Rede davon, daß die Engländer durch Spioniererei zu der Beschlagnahme deutscher Schiffe veranlaßt worden sind. Wir Sozialdemokraten haben die Beschlagnahme durch Spione kennen gelernt. Es scheint, ob durch eine Nachricht des „Hannoverschen Couriers“, daß 300 deutsche Gewehre auf dem Wege über China nach Transvaal geschickt seien, eine Nachricht, die in das Ausland gekommen ist, mancherlei Erklärung läßt, was sonst schwer zu verstehen ist.

Ich würde gar nicht auf die Debatte eingehen, wenn nicht provokirt worden wären, aber bekanntlich kann der Friede nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht geht (weiter). Ich hätte nicht vermouthet, daß sich eine Sozialdemokratie aus der Berathung des Etats des Auswärtigen Amtes erheben würde. (Präsident Graf Ballestrin macht den Redner darauf aufmerksam, daß der Etat des Reichskanzlers und nicht des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung steht.) Auch der Etat des Reichskanzlers stand eine Sozialkämpfdebatte kaum zu erwarten. Namentlich hat uns Herr von Kardorff provokirt, der den Fall des Sozialkämpfdebatte noch immer nicht beschwern zu liebt; er wird er doch kaum behaupten können, daß Fürst Bismarck mit seinem Sozialkämpfdebatte größere Erfolge als mit dem Kaiserreich erzielt habe; durch den letzteren hat er das Zentrum auszufolgegebenden Parte gemacht und durch das erstere hat er mächtig zu der Ausbreitung unserer Partei beigetragen. (Es rücht! links.) 1881 wurden 512,000, 1890 als noch das Sozialkämpfgesetz bestand 1,423,000 Stimmen für unsere Partei abgegeben (Zuruf rechts) Gewiß, meine Herren, auch nachher ist Sozialdemokratie gewachsen: 1898 stien 2,125,000 Stimmen auf unsere Partei, was einen Zuwachs von 50 Prozent gegenüber 1890 bedeutet; und bei den nächsten Wahlen wird die Stimmzahl ganz bedeutend steigen. — Ob Sie ein Sozialkämpf machen oder nicht, ist uns deshalb sehr gleichgültig; ja viele unserer Freunde haben Sehnsucht nach einem solchen (Lachen rechts), in jener Zeit wurde unser Muth und unsere Tapferkeit besonders angefaßelt. Beileibe es Ihnen, ein Zänglein zu

so spielen Sie nur auf; wir sind bereit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)  
 Woher ist von dem Terrorismus die Rede gewesen, den wir ausüben sollen. Ich möchte nur wissen, mit welchen Mitteln wir diesen Terrorismus ausüben sollen, während doch Ihnen und nicht uns alle Machtmittel des Staates, Gesetz, Polizei und Richter, zur Verfügung stehen. Bekämen wir diese Macht, bekämen wir außerdem die Absicht, sie in dem Sinne zu gebrauchen, den Sie uns unterstellen, so würden wir doch schon längst alle Arbeiter in unsere Partei hereinzwängen haben. Übrigens, selbst wenn wir diese Macht hätten, wir würden sie eben nicht in dieser Weise gebrauchen; uns liegt nichts an Beuten, die nicht freiwillig zu uns kommen. (Lachen rechts.) Wenn tragen keine Partei gegen die Arbeiter-Terrorismus ausübt, so ist es sicher die Konserndawe. (Sehr richtig! auf der ganzen Linie.) Denken Sie an die Beherrschung der Wahlen, an die Beherrschung der Koalitionsfreiheit, an die Angriffe auf die Freizügigkeit, an die Gefährdung, die besser eine Sklavereibeherrschung hieße! (Unruhe rechts; sehr richtig! links.)

Man hat auf der Rechten die Regierung wegen Aufhebung des Verbindungsverbotes angeklagt, Graf Kosobowski erwiderte sehr richtig, die Regierung sei aus stützlichen Motiven verpflichtet gewesen, ihr Versprechen zu halten. Hätte sie nur nicht drei Jahre damit gewartet! — Auf alle Fälle war die Aufhebung des Verbindungsverbotes eine politische Notwendigkeit. Falsch aber ist, wenn behauptet wird, daß wir von dieser Aufhebung irgendwelche großen Vorteile gehabt hätte. Uns hätte vielmehr die Aufrechterhaltung des Verbots mehr genützt, die uns mit einer Fülle von Agitationsmaterial versehen hätte. Haben Sie in unserer Presse irgendwelche Genugthuung über die Gestaltung der Verbindung beobachtet? Einstimmig hat unsere Fraktion es abgelehnt, eine Aenderung unserer — wie Sie wissen, sehr guten — Organisation vorzunehmen. Wenn, nebenbei gesagt, Herr von Kardorff von dem Reichthum unserer Partei spricht, so sieht es Ihnen ja frei, sich in Ihren Parteien unsere Opferwilligkeit zum Muster zu nehmen. Der Herr Reichskanzler hat sich auf die Aenderung des Gesetzes bezogen, wonach die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung ist, die sich auflösen muß. Was das Reichthum betrifft, so können das die Arbeiter von der Rechten besser. (Unruhe rechts; sehr gut! links.) Eine vorübergehende Erscheinung ist nun die Sozialdemokratie allerdings, genau so, wie auch die Hohenzollernndynastie eine solche ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Das einzig Bleibende in der Welt ist eben der Wechsel. Gewiß wird die Sozialdemokratie verschwinden; doch erst dann, wenn sie ihre Ziele erreicht hat. Als vorläufig kann man ohne Berechnung der modernen Entwicklungstendenzen nicht mit einem baldigen Verschwinden rechnen. — Das gebe ich gern zu; erträglicher als Ausdrücke wie „eine Note von Menschen, die nicht wert sind, den Namen Deutsche zu tragen“ ist die Bezeichnung als „vorübergehende Erscheinung“ gewiß. Ich nehme an, daß, nachdem der Herr Reichskanzler sich mit dieser Aenderung des Gesetzes einverstanden erklärt hat (Witze des Präsidenten).

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürften wohl auf die Worte des Reichskanzlers Bezug nehmen, aber nicht auf die des Kaisers, denn dieselben haben nicht im „Reichs-Anzeiger“ gestanden. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Bebel (fortfahrend): Da muß ich wohl auf den Reichs-Anzeiger abnutzen, um immer genau zu wissen, was darin steht. (Erneute Heiterkeit.) Ich möchte eben sagen, daß nach der gestrigen Aenderung des Herrn Reichskanzlers Ausdrücke vorhanden zu sein scheint, daß wir nicht alsbald wieder mit Umsturz- und Zuchthausvorlagen regaliert werden.

Wie sich Graf Kosobowski die Entwicklung der Sozialdemokratie vorstellt, so ist es nicht gegangen. Freilich ist die Sozialdemokratie ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung und nimmt in dem Maße zu, wie in Folge ihrer Entwicklung immer größere Massen ins Proletariat herabsinken. Die Gewerbebezahlung von 1892 bis 1896 zeigt eine erhebliche Abnahme selbständiger Existenzen in der Industrie. Die Proletarier haben in demselben Zeitraum um 2 Millionen zugenommen. Mit allen diesen Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art können Sie hiergegen nichts thun. Graf Kosobowski sagte, man müsse die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllen. Die Ansichten darüber, was berechtigte Wünsche seien, sind sehr verschieden. Das Endziel, die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Arbeiter läßt sich mit den bis heute angewendeten Mitteln nicht erreichen. Führen Sie das allgemeine direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und Gemeinden ein, führen Sie die von uns vorgeschlagene Arbeiterorganisation ein, dann werden wir weiter reden. Befriedigt freilich sind wir dann immer noch nicht. (Heiterkeit.) Der Herr Abg. v. Kardorff hat der Regierung vorgeworfen, sie habe vor der Sozialdemokratie kapituliert. Unser Bestreben ist das allerdings. (Heiterkeit.) Aber wir haben noch nichts davon bemerkt. — Der Vorwurf, der Reichskanzler habe das Reich in einen kapitalistischen Staat verwandelt, ist ungerecht. — Der Gedanke, für die Schutzpolizei einzutreten, ist dem Herrn von Kardorff, der sich rühmt, einer der ersten gewesen zu sein in dieser Beziehung, erst von dem seitigen Reichspräsidenten eingegeben worden. Die Interessen des Großkapitals verlangten damals die Schutzpolizei. Unter der Schutzpolizei wurde das Großkapital treibhausmäßig gepflegt und die Antisemiten merkten in ihrer Giftsummenhaftigkeit (Heiterkeit) gar nicht, daß sie dem Ruin des Handwerkerstandes vorarbeiten, wenn sie die Schutzpolizei unterstützen. Hand in Hand ging mit der Schutzpolizei die Agrarpolitik. Fürst Bismarck gab der Schutzpolizei seine Unterstützung einmal weil er sich selbst für beruflich hielt agrarische Interessen zu vertreten, dann aber auch, weil er durch die Schutzpolizei Mittel zu Geld und Geld zu Marineausgaben bekam. Der Vorwurf, die kapitalistische Entwicklung im Leben gerufen zu haben, trifft den Reichskanzler nicht. Die Gewerbebezahlung ergab, daß die von Landwirtschaft lebende Bevölkerung von 1882—1895 um 5/6 Millionen zurückging, während die von Gewerbe, Industrie, Verkehr und Handel lebende Bevölkerung sich um 5 1/2 Millionen vermehrte bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um ca. 6 Millionen. Daran hat aber auch Fürst Bismarck keine Schuld, das ist die natürliche Entwicklung aller fortschrittlichen Kulturländer. Um diese Entwicklung auf ihre Höhe zu bringen, werden wir alles thun, um das zu bekämpfen, was zum Schaden der Arbeiterschaft gefordert wird. Die große Mehrheit der Interessenten steht heute schon auf unserer Seite, wenn das auch in diesem Hause noch nicht so recht zum Ausdruck kommt. Herr von Kardorff hat sich Anfang der sechziger Jahre an der Gründung verschiedener Bergbauunternehmungen beteiligt. Er bestreitet das jetzt. In einem Brief von 1878 oder 79 hat er aber erklärt, er habe sich an diesen Gründungen beteiligt, um die Mittel zu bekommen, seine politische Stellung hier auszufüllen, er, der Gegner der Dänen. Freilich, seine Stellung als Ausschüßmitglied in der obersteinsten Zinshütten-Gesellschaft bringt ihm mehr ein, als die Dänen für die letzten 200 Sitzungen jährlich! (Hört, hört links.) Aber als am 4. April und 10. Mai 1873 hier große Debatten über die Beteiligung an der Gründungsperiode stattfanden, da erklärte Herr von Kardorff die Börse für den Magen, der den Umlauf der Säfte vermittelte. (Große Heiterkeit.) Heute bekämpft derselbe Herr die Börse. Ist die kapitalistische Entwicklung die Grundlage für die Entwicklung der Sozialdemokratie gewesen, so hat Herr von Kardorff diese Entwicklung nach Kräften unterstützt. Er hat eifrig mitgearbeitet, daß die Sozialdemokratie stark geworden ist. Wir wünschen ihm zu seiner weiteren Thätigkeit von Herzen Glück. (Heiterkeit und Bravo h. d. Soz.)

Abg. v. Schröder (konf.): Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die gestrige Aenderung des Reichskanzlers eingehen. Die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung. Wenn das auch der Fall wäre, so birgt sie doch immerhin gewisse Gefahren in sich, denen der Reichskanzler begegnen sollte. Die verübten Regierungen haben leider in den letzten Jahren die Sozialdemokratie nur gefördert. War man nicht entschlossen, ein Gesetz wie das zum Schutze der Arbeitsschlüssen durchzuführen, mindestens mit den durch die Verfassung gebotenen Mitteln — (Vehemente Juxse links: Mindestens? Mindestens? Staatsstreicher!) Ne, ne, Sie locken mich nicht raus! (Große Heiterkeit) — dann hätte man die Vor-

lage besser gar nicht eingebracht. Man wirft uns vor, wir hätten nicht gewünscht, daß der Reichskanzler sein Versprechen über die Aufhebung des Verbindungsverbotes einlöse. Wir bedauern nur, daß es es überhaupt gegeben hat. Die Politik ist allerdings die Kunst des Möglichen. Aber Männer wie Fiebigel, der Große und Bismarck hielten eben mehr für möglich, als einzelne Herren heute. (Vehemente Bravo! rechts.)

Abg. Fürst Herberich Bismarck (wildkonf.): Abg. Bebel hat behauptet, der erste Reichskanzler habe sich mit dem Sozialistengesetz keine Vorbeeren errungen. Wenn dieses Gesetz nicht die erhoffte Wirkung hatte, so ist der damalige Reichstag schuld, der es wesentlich abgeschwächt hat. Nicht alle, die heute sozialdemokratisch wählen, sind Sozialdemokraten aus Ueberzeugung. Fürst Bismarck war übrigens durchaus für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, wie Herr von Summ bezeugen kann. Wenn Herr Bebel meint, ein neues Sozialistengesetz würde wiederum zur Stärkung seiner Partei beitragen, so möchte er doch logischer Weise selbst ein solches Gesetz erbringen. (Lachen links.) Für die Arbeiter ist bei uns zweifellos viel geschehen. Das treibende Mittel war bei Fürst Bismarck keineswegs sein Streben, Geld für das Heer zu schaffen, sondern ihn trieb sein warmes Herz für das gesamte Volk.

Der Herr Reichskanzler hat gestern von Gesetzentwürfen der Konserverativen gesprochen, die an die Wand gemalt sind und dann vom Reichstag abgelehnt seien. Ich weiß nur, daß der Herr Reichskanzler sich in solcher Lage befindet. (Sehr richtig!) Es ist ihm sogar dreimal zu gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Die Zuchthausvorlage bezeichnete er als das Mindestmaß dessen, was gefordert werden müsse. Schließlich wurden aber alle Paragraphen unter Beschützer abgelehnt und der Rest war Schweigen. (Sehr wahr! rechts.) — Der Herr Reichskanzler hat die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung genannt. Vorübergehend ist Alles, jede Wasserleuchte, jede Feuerbrunst, es kommt nur darauf an, was übrig bleibt. (Sehr richtig! rechts.) Die gestern vom Bundesratstisch aus entwickelten Theorien waren richtig, wenn die Sozialdemokraten die Möglichkeit gegeben würden, sich in eine radikale Reformpartei umzugestalten und unsere monarchische Verfassung anzuerkennen. Das thun sie aber nicht. Redner vertritt sich des Weiteren über den Rufum seines Vaters und löst die Bismarck'sche auswärtige Politik, die ganz in den Bahnen Bismarck's wandelte. Es wäre gut, wenn der Reichskanzler auch in der inneren Politik Bismarck's Bahnen gehen wollte. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Zentrum): Uns sind die Narben dieser Bismarck'schen Politik zu unauflöslich auf den Leib gedrückt worden, als daß wir eine Wiederaufnahme derselben wünschlichen sollten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Was die Bekämpfung der Sozialdemokratie anlangt, so sind wir grundsätzliche Gegner jedes Ausnahmegesetzes. Es kann nichts Schlimmeres geben als solche Angriffe der Konserverativen gegen die Regierung, wie sie jetzt erhoben werden. Die Herren scheinen damit unzufrieden zu sein, daß Fürst Bismarck sich parlamentarisch zu regieren verweigert. Dem Herrn Reichskanzler gebührt aber unser Dank, daß er Angesichts der bedrohlichen äußeren Lage nicht zu einem Konflikt im Innern treibt. Wir sind bereit, ihn und seine Regierung zu stützen, nicht nur in der äußeren, sondern auch in der inneren Politik. (Vehemente Beifall im Zentrum.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Steinhilber, Dr. Arendt, Söder, von Kardorff, Mose, Graf Bernstorff, Waagenheim und Schrempf wird der Etat des Reichskanzlers bewilligt.

Sächs. Geh. Rath Fischer kommt außerhalb der Tagesordnung mit Erlaubnis des Präsidiums auf die Angelegenheit des Abg. Sachse gegen die sächsischen Bergbauinspektoren zurück. Er habe aber die speziellen Angaben Sachse's amtlichen Bericht eingefordert, woraus zweifellos hervorgehe, daß der Abg. Sachse mißlich wird werden sei. Er gebe dem Abg. Sachse den guten Rath, sich bessere Vertrauensleute zu beschaffen.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Den Rath, sich bessere Vertrauensleute zu beschaffen, wird wohl Kollege Sachse so lange nicht acceptiren können, als er nicht die Vertrauensleute der Regierung kennt und nicht weiß, ob deren Angaben richtig sind. Darauf tritt Berathung ein.

**Arbeiterbewegung.**

Aus Weiskensfeld meldet die Volkzeitung: Fünfitausend Bergleute des sächsisch-thüringischen Braunkohlensreviers sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen zehn Prozent Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und Einschränkung der Frauenarbeit.  
 In Kairo (Egypten) sind 4000 Zigarettenarbeiter in den Ausstand getreten.

**Konferenz der deutschen Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer).**

Leipzig, 21. Januar.  
 Die am 21. und 22. d. Mts. tagende Konferenz wurde von Obmann der Arbeitnehmerbeisitzer Matziesch-Liepsitz eröffnet. Derselbe begrüßte die Anwesenden, wobei er lebhaft die abtönende Haltung und das Nichterschließen der Berliner Gewerbegerichtsbeisitzer bedauerte. Auf Vorschlag von Streck-Liepsitz werden in das Bureau gewählt: Matziesch-Liepsitz zum ersten, Richter-Hamburg zum zweiten Vorsitzenden. Starke-Dresden zum ersten und Pfeiffer-Liepsitz zum zweiten Schriftführer. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag Braunschweig: „Die Verhandlungen der Konferenz protokolllarisch aufzunehmen und in Broschürenform zum Selbstkostenpreise herauszugeben“, angenommen. Anwesend sind 72 Delegirte, welche 73 Gewerbegerichte vertreten. Heppner-Dreslau ist die Vertretung für Bromberg mit übertragen. Als Gäste sind anwesend Privatdozent Dr. Jaitrow-Charlottenburg, Stadtrath Rosenfeld-Wahlhausen in Th. und der stellvertretende Vorsitzende des Leipziger Gewerbegerichts Dr. Roth. In die Tagesordnung eintrittend erhält Dr. Jaitrow-Charlottenburg das Wort zu seinem Vortrage: „Das Dienstverhältnis nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch und der gewerbliche Arbeitsvertrag.“ Redner ist der Ansicht, daß der Arbeitsvertrag im Großen und Ganzen durch Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches ebenso geregelt bleibt wie er durch die Gewerbeordnung bereits festgelegt ist. An einigen Stellen, z. B. Titel VI, enthalte dasselbe einige sich auf den Arbeitsvertrag (Dienstvertrag) beziehende Ergänzungen, die für das Dienstverhältnis von einschneidender Bedeutung sind. Redner geht die einzelnen Paragraphen durch und erläutert an Beispielen deren Anwendung bei der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung. Redner schließt seine mit vielem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „In unserem Staate ist jeder Bürger Gesetzgeber am Tage der Reichstagswahl. Der oberste Gesichtspunkt, unter dem das Bürgerliche Gesetzbuch anzusehen ist, ist der der Gerechtigkeit.“

Nach einleitender Mittagspause dankt Dr. Roth für die Einladung und bemerkt, daß er derselben gern gefolgt sei. In dem er den Ausführungen Dr. Jaitrow's im Allgemeinen zustimmt, begrüßt er diese Veranstaltung mit Freuden; allerdings würde es ihn auch freuen, wenn Seitens der Arbeitgeberbeisitzer Ähnliches angestrebt würde. Er wünscht den weiteren Verhandlungen das beste Gelingen, damit auch draußen erkannt wird, wie ernst es den Arbeitnehmerbeisitzern mit ihren Forderungen ist. (Beifall.) Nach kurzer Diskussion wird die Erörterung des Vortrages bis zu Punkt 9 der Tagesordnung vertagt. Darauf referirt P i n s k i -Leipzig über § 70 des Gewerbegerichtsgesetzes. Derselbe erklärt die Bestimmungen desselben und giebt eine Uebersicht der von den verschiedenen Gewerbegerichten auf Grund dieses Paragraphen abgegebenen Gutachten. Redner kritisiert die abtönende Haltung des Leipziger Gewerbegerichts zum Antrage der Arbeitnehmer, betreffend Abgabe eines Gutachtens über den Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchthausvorlage) und fordert die Arbeitnehmerbeisitzer auf, von dem § 70 in geeigneten Fällen Gebrauch zu machen und die Institution der Gewerbegerichte weiter auszubauen. Die Diskussion ist eine sehr rege. S e p p e r -Dreslau

schließt sich den Ausführungen P i n s k i's, dieselben die einschneidende Änderung, an und kritisiert ebenfalls das Verhalten der Berliner Gewerbegerichte in der Angelegenheit des Gesetzentwurfes und des Schutzes des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. In der Weise sprechen nach andere Teilnehmer zu diesem Punkte, worauf gegen 5 Uhr Nachmittags die Verhandlungen auf Montag, den 9. Uhr vertagt werden. Gegenstand der morgigen Verhandlung sind noch Anträge, Organisation der Beisitzer und Rechtsprechung der verschiedenen Gewerbegerichte.

**Aus aller Welt.**

Wegen Eittlichkeitsverbrechen in sieben Fällen, begangen an Schulknaben unter 14 Jahren, verurtheilte die Strafkammer in L h o r n den Volksschullehrer F r i e d r i c h S t e i n e aus Blotto (Kreis Rulm) zu drei Jahren Gefängnis und Exerzitur.  
 Wegen Ermordung seiner Ehefrau wurde in Kiel der Arbeiter Müller aus Barleby verhaftet. Das Verbrechen ist schon vor einem Jahre verübt worden und es sind in der Zwischenzeit bereits zahlreiche Personen unter dem Verdachte der Thäterschaft verhaftet worden.

Wieder drei Arbeiter verhaftet. In Darmstadt strügte am Freitag in der Brennerstraße ein Neubau ein. Drei Arbeiter wurden verhaftet.

Entlarvter Eisenbahnräuber. Ein Gauner, der seit Wochen die Eisenbahnstrassen Oberberg-Rakau und Rakau-Witzthly dadurch unsicher machte, daß er Passagiere, zumal Besuche Kaufleute, betäubte und dann beraubte, kam in einem Falle über achttausend Mark in die Hände fassen, ist, wie man aus Rakau's Bericht, in der Person eines domizillosen Hochstaplers Namens Haber, auf fischer That entlarvt und verhaftet worden.

Die wegen Kindesmordes zum Tode durch den Strang verurtheilte Postbeamtens-Gattin K a t h e r i n e in Wien wurde vom Kaiser begnadigt und zwar zu acht Jahren schweren Kerkers.

Zu dem Todesfall in Rakau u. melde man: Nach Ansicht des Oberanwalterathes Weiskensfeld erfolgte der Tod des Rakauer Affizienten Dr. K o s t a n e d i nicht durch Infektion mit Pest-Bakterien, da im Sputum absolut keine Spur solcher Bakillen vorgefunden wurde. Wahrscheinlich ist eine Infektion durch Streptokokken die Todesursache gewesen.

Die Pest in Honolulu. Aus Honolulu wird gemeldet: Bis heute sind hier 18 Pestfälle mit tödlichem Ausgange vorgekommen; 26 Erkrankte befinden sich in ärztlicher Behandlung. Das Chiniesenviertel wird niedergebrannt werden, um die Seuche ganz zu unterdrücken.

**Lokales und Provinzielles.**

B r e s l a u, den 22. Januar 1900.

\* **Stadterordneten-Versammlung.** Donnerstag, den 25. d. Mts., findet eine Sitzung der Stadterordneten statt. Auf der Tagesordnung stehen außer den in letzter Sitzung nicht erledigten Punkten (Ausföuhgutauchten über Festsetzung verschiedener Fluchlinien, Aufhebung der Barmherzigen Brüderkirche, Aenderung der Schlachtfeuer-Ordnung u.) u. U. die Fesseln des Pachvertrags über das Terrain der Veloziped Rennbahn in Scheitling; Staatsverfärfungen für Schul- und Strafenbeleuchtungswecke; Ausföuhgutauchten über den Bau der neuen Baugewerk- und Maschinenbaukschule; Ausföuhgutauchten über die Ausführung der Breslauer Grundwasserperforation; Grundstückerkäufe in Weidenhof, sowie an der Schulgasse, Uferstraße und Anderjensenstraße; Festsetzung einer Mindestpension für städtische Beamte; Anstellung von Beamten, darunter die Anstellung einer Tagatorin im Städt. Verhamt. Na die öffentliche Sitzung wird sich eine geheime Sitzung anschließen.

\* **Villet's für die Volks-Vorstellung im Thalia-Theater** am 4. Februar sind heute Abend im Sozialdemokratischen Verein („Drei Tauben“, Neumarkt 8) und von morgen ab in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben. Zur Ausführung gelangt Max Halbe's modernes Drama: „Jugend“.

\* **Wer da viel hat** —! Zu unserer Noth unter der obigen Spitzmarke schreibt man uns heute aus dem Leserkreise: „In der vorigen Woche berichteten Sie über die „Wohlthaten“, die Herr Kommerzienrath Arnhold, in Firma Casar Volkheim, den Angestellten gelegentlich jetaes Jubiläums erwiesen hat. Es wurde dabei bemerkt, daß zweifelsohne auch den Arbeitern eine Gratifikation gewährt worden sei. Hierzu wird mir aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt, daß man den Arbeitern nichts vergütet habe. Nur die in „verantwortlichen Stellungen“ befindlichen Personen, wie Steiger, Schiffskapitäne u., erhielten Monatsgehalt bonifizirt. Die Bureau-Angestellten bekamen allerdings Jahresgehalt als Jubiläumsgabe, jedoch liegt es, nach einem Rundschreiben, das an das Personal erging, nicht im Wunsche des Herrn Kommerzienraths, daß die Gelder abgehoben werden, vielmehr macht er den Leuten die Proposition, die Beträge weiter ansetzen zu lassen, die er alsdann mit 5 Prozent verzinst. Außerdem ist Herr Arnhold bereit, um den Sparfuss der Komptoir-Angestellten zu fördern“, erübrigte Spargelder in Empfang zu nehmen und den gleichen Zinsfuß dafür zu zahlen. Es steht es nun mit den Zuwendungen aus, die vielfache Millionäre spenden. Ob sich der Herr Kommerzienrath für den Fall, daß Handlungsgeldern aus der Firma austreten, noch irgendwie verlaufens hat, habe ich nicht erfahren können.“ — Die in vielen bürgerlichen Blättern über den Schellerhaus gelobte Wohlthätigkeit des Herrn Kommerzienraths Arnhold schrumpft demnach bei genauerer Betrachtung zu einem Nichts zusammen.

\* **Ueber den neuesten Vergarbeiterstreik in Oberschlesien** schreibt man uns:

Nach einer Ruhepause von kaum drei Monaten äußert sich schon wieder die Streikstimmung unter den ober-schlesischen Bergleuten, die besonders zur Zeit, als Ende des vorigen Jahres der Streik auf der Königshütte ausbrach, allenthalben eine bedenkliche Höhe erreicht hatte, durch den Mißerfolg von Königshütte aber schnell wieder gedämpft wurde. Angesichts der Möglichkeit, daß sich der Streik weiter ausbreitet — bei dem immer noch schwer berechenbaren Charakter der ober-schlesischen Vergarbeiter-schaft ist es freilich auch möglich, daß er völlig beigelegt ist, wenn diese Stellen ertheilen —, ist es nicht unangebracht, sich die gegenwärtige Situation der ober-schlesischen Bergleute und die Folgen eines großen Streiks für sie zu vergegenwärtigen. Die Organisationen, auf die bei einem Streik heutzutage so viel ankommt, sind bei den ober-schlesischen Bergleuten noch recht schwach. Gut gerechnet ist kaum ein Zehntel von ihnen organisiert. Dem entsprechen natürlich die Selbstverhältnisse,

Die Herren Studirenden werden darauf hingewiesen, daß veraltete Vorlesungen gegen die guten Sitten verstoßen, und daß, wie von den Universitätsbehörden zuvorkommendes Wesen und Freundlichkeit gegenüber den Studenten erwartet wird, so auch von letzteren das entsprechend geziemende Verhalten unbedingt gefordert werden muß.

Zusammenfassungen gegen diese Warnung werden nichtig gemacht durch Disziplinarstrafen geahndet werden.

Der Direktor: Hoffmann.

Diese studirenden Helden sind natürlich Söhne der Edelsten und Besten des Landes. Und wir meinen, daß diese sehr gut thun würden, auf Mittel und Wege zu sinnen, wie der Robheit ihrer Jungen gesteuert werden soll. Statt dessen behältigen sie sich damit, unter dem Deckmantel der „Bekämpfung der Robheit der unteren Bevölkerungsschichten“ polizeiliche Bevormundungsmaßregeln gegen die Arbeiterklasse auszusüßeln.

Karl Peters sucht sich durch weitere Schimpfbriefe an den Abg. Bebel in Erinnerung zu bringen. Der „Vorwärts“ erklärt, er werde diesen Brief als den Durchschnittsfall eines reichsdeutschen Afrikaners entsprechend und zugleich als typische Form der westpolitischen Paralyse dem Kolonialmuseum überweisen.

Aus Sachsen-Weimar. Auch der Genosse Kollenbuhr ist durch seine „aufreizende Sprechweise“ hinlänglich bekannt, so daß eine für den 20. Januar in Weimar-Jena geplante Versammlung, in welcher der in Aussicht genommene Redner über die sozialpolitische Gesetzgebung, hauptsächlich die Altersversicherung im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz sprechen sollte, mit dieser „Begründung“ verboten wurde. Trotzdem steht in der allerhöchsten Kundgebung anlässlich der Jahreshauptversammlung, welche der Großherzog an die Vorstände der Goethe-Gesellschaft, der Schiller-Stiftung und der deutschen Schauspieler-Gesellschaft richtete: „daß Weimar wie zu Anfang so am Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Mittelpunkt im geistigen Leben des deutschen Volkes ist, würdig der großen Ueberlieferung einer unvergleichlichen Zeit.“

Die reaktionäre Wandlung im Großherzogthum ist die Veranlassung, daß die diesjährige Landeskonferenz der Sozialdemokratie des Großherzogthums, um öffentlich tagen zu können, am zweiten Oftertage in Erfurt stattfindet, weil sie im eigenen geistesfreien Vaterland nicht stattfinden darf.

Aus dem Reichslande. Eine von unseren Straßburger Parteigenossen einberufene Volksversammlung, in der über die mit der Annahme der neuen Flottenvorlage verknüpfte Mehrbelastung des Volkes referirt und außerdem der sozialistische Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden sollte, wurde vom Bezirkspräsidenten des Unterelss ohne Angabe von Gründen verboten.

Der aus französischen Reaktionszeiten kommende Straßburger Abgeordnete über die „aufreizenden Rufe“ hat abermals ein Opfer gefordert. Ein Gerbereibesitzer aus Barr war von dem Schöffengericht zu 14 Tagen Haft verurtheilt worden, weil er in einer Wirthschaft: Vive la France! gerufen hatte. Er legte gegen dieses Urtheil Berufung ein. Obwohl in der erneuten Verhandlung festgestellt wurde, daß der Mann zur Zeit jener schrecklichen Verbrechensthat total betrunken war und in mürhernem Zustande ein durchaus friedlicher Bürger ist, hielt die Straßburger Kammer zu Colmar eine Geldstrafe von 150 Mark als Sühne für angebracht. Das Reich athmet auf!

**Zusland.**

In Oesterreich ist das Ministerium Wittel grade 4 Wochen am Ruder gewesen. Am Freitag, den 23. Dezember, wurde es ernannt, am Donnerstag, den 19. Januar, erhielt es seine Entlassung. Das neue Ministerium Kober hat sich am Freitag konstituirte. Der neue Ministerpräsident Kober hat auch das Ministerium des Innern übernommen.

Unser Wiener Parteiorgan, die „Arbeiterzeitung“, begrüßt das neue Ministerium mit folgenden Ausführungen:

Es wäre also da, das Ministerium Kober, das auf die Welt gekommen ist, um den Staat, der aus den Augen ist, wieder ergründen. Selbsten genug schon ist es aus. Ein Abgeordneter, ein Diplomat, dann die höchsten Reiche des Ministeriums Winkel und dazu erprobte und unerprobte Beamten aller Arten: ob nun die neuen Herren eine Regierung werden vorstellen können, eine Regierung, die über den Tag hinaus zu sorgen trift — das muß man eben abwarten. Vorläufig ist das Gefühl, das man dem neuen Kabinete entgegenbringt, kein anderes als absolute Gleichgültigkeit. Ein Ministerium muß schließlich der Staat immer haben: gelangt es, eines umzubringen, kommt leider wieder ein anderes. Das wird alle allmählich recht natürlich und danks, daß die Arbeit so ziemlich immer dieselben sind. Die Sozialdemokraten jedoch sind nicht aufgeregt, wenn ein Ministerium fällt, und nicht, wenn eines kommt. Entzerrt man uns, daß jede Regierung die Wohlthaten der Justiz bei der herrschenden Klaffen ist, und geben wir gleichmäßig zur Tagesordnung unserer Arbeit über!

Das neue Ministerium hat ein schweres Stück Arbeit vor sich; ob es ihm aber gelingt oder nicht gelingt, die offene Wunde des Nationalitätenstreites zu heilen: immer wird die Frage endgiltig entschieden sein. Entweder das Parlament wird zum Leben erwacht, oder es erliegt die Todeserklärung. Ein Drittes aber ist nicht absolut nicht sein weiteres Bestehen und Bestehen der Staatskräfte mehr. Es wäre also sehr wünschenswerth gewesen, wenn die neue Regierung politisch bereuender aufgetreten wäre. Erinnert man sich die Reformen des Ministeriums Wittel, so wird man umso mehr gefascht und charaktervolle Minister, damit sie es wieder richten oder wenigstens die Möglichkeit jener Zustände zu verhindern. Das Ministerium Kober ist ein Zeichen der Unfähigkeit, aber mehr als das scheint eben in Oesterreich nicht vorzuliegen zu sein. Die Kraft seiner Talente ist aber ein wesentlicher Bestandteil eines Staates; wer die Ziele erwägt, die Oesterreich erreichen kann, muß eben mit dem bestehenden Reich der Kräfte rechnen, die hier vorhanden sind. Das Ministerium Kober ist ein Zeichen, daß kein jenseitiges von Talent und Begabung, das in Oesterreich überhaupt aufzuheben war. Bringt es also nichts zu Wege, so müssen wir, daß hier nichts zu Wege gebracht werden kann. Sein Fiasco wird daher das Fiasco des unmöglichen Staates sein. Warum wir es, wie schnell sich's einstellt.

**Englischer Erfolg im Sudan.**

Im Sudan haben die Engländer einen neuen Erfolg errungen. Bei der Vernichtung des Mahdi ist von seinen Führern allein Osman Digma entkommen. Jetzt wird berichtet, daß auch dieser gefangen genommen worden ist und am Sonntage in Suakin eintreffen wird.

Die Gefangennahme Osman Digma's befreit die Engländer von einer schweren Sorge. So lange dieser Mann lebte, der zwanzig Jahre lang die Seele alles militärischen Widerstandes war, konnte sich England keines Sieges im Sudan recht erfreuen. Wie werthvoll ihm die Beiseitigung Osman Digma schon jetzt ist, erhellt aus der Nachricht, daß das erste Bataillon der Cameron Hochländer nach dem Kap beordert worden ist. Es wird in Aegypten durch ein Militärgement ersetzt werden. Das konnte einem Osman Digma gegenüber kaum riskirt werden. Jetzt aber darf der ägyptische Kummer vorläufig und auf lange Zeit hinaus als erledigt gelten. Wenn Menelik nicht Verlegenheiten heraufbeschwört, hat England in Nordafrika Auge und Lord Kitchener ist dort wirklich abkömmlich geworden.

Furchtbare Hungersnoth in Indien. Ueber die Hungersnoth in Indien sind schon mehrere Nachrichten in die Presse gelangt. Die ganze furchtbare Wahrheit wird jedoch erst jetzt aus dem Munde der höchsten englischen Beamten in Indien bekannt.

Im Generalgouvernementsrathe zu Kalkutta hielt der Sekretär des Departements für Einkünfte und Ackerbau Jethoon eine Rede über die zur Zeit in Indien herrschende Hungersnoth. Bis Ende März würden die der Regierung durch die Hungersnoth erwachsenden Kosten 30 oder 40 Millionen Rupien betragen. In den britischen Territorien hätten jetzt 23 Millionen Menschen unter der Noth zu leiden, in den Eingeborenen-Territorien 27 Millionen. Es müßte eine Erleichterung dieses beispiellosen Zustandes geschaffen werden. Der Bischof sagte sodann aus, daß von der Hungersnoth betroffene Gebiet sei in einer Weise gewachsen, welche die schlimmsten Begründungen übersteige. Das Land leide jetzt unter einem Mangel an Vieh, Wasser und Nahrungsmitteln, welcher sich in der furchtbaren Weise geltend mache. Circa 3 1/2 Millionen Menschen empfangen jetzt Unterstützung. Im Jahre 1897 seien in England Hunderttausende für die Nothleidenden gesammelt worden und die ganze Welt habe Anteil genommen an den Sorgen Indiens. Jetzt habe Indien sich allein durchzustampfen, denn alle Gedanken Englands und der Engländer konzentriren sich auf Südafrika. Indien müsse seine Aufgabe mit Geduld und Tapferkeit durchführen in dem Bewußtsein, eine Pflicht zu erfüllen, wenn es Millionen von Menschenleben vor dem Hungertode rette.

Karrieren auf den Karolinen werden angekündigt. Den „Münchener Neuest. Nachr.“ wird aus Berlin gemeldet, daß der neue Gouverneur in Ponape, neuerdings Feindseligkeiten zwischen den katholischen und protestantischen Eingeborenen“ befürchtete. — Das wäre ein netter Anfang.

**Der Krieg in Südafrika.**

Die Engländer sehen den neuen Kämpfen um Ladysmith mit großer Zuversicht entgegen und erwarten die Entsetzung der seit Anfang November belagerten Stadt in wenigen Tagen. Andererseits aber wird aus London berichtet, daß der Burenführer General Joubert die größere Hälfte der Divisionen Warren, Lyttleton und Dundonald unbefähigt über den Tugela ließ, um sie in den bevorliegenden Thalschluchten einzuschließen, ihnen den Rückzug abzuschneiden und sie zwischen dreifachem Kreuzfeuer vom Swartkop, Dewdrop und den Onderbrook-Höhen aufzureiben. Die in den Mittheilungen widerspricht nicht die „Neuter“-Meldung aus Spearmanskamp vom Freitag, daß die Buren auf die Beiseitigung ihrer Laufgräben durch die englischen Sapsitzgeschütze nicht antworteten. Nur wenig Buren seien auf den Höhen gesehen worden, die Mount Alice gegenüber liegen. Dieses Verhalten der Buren entspricht durchaus der von ihnen bisher beobachteten Taktik.

Ueber die Absichten der Engländer berichtet der „Daily Star“ zufolge der Berichtshalter des „Daily Telegraph“ im Hauptquartier Bullers vom 19. Januar: Die von Dundonald besetzte Stellung unweit Acton Homes beherrschte einen leichten Zugang nach Ladysmith und unterbreche die Verbindung des Feindes mit dem Freistaat. Kanallinie hatte die Stellung. Die britische Artillerie beziehe unangefestigt die Burenlinien, der Feind antwortete schwach. Warren bringe wenig nach Ladysmith vor. „Daily Mail“ glaubt zu wissen, Lyttletons Brigade werde demnächst nach heftiger Beschließung der Front die Buren angreifen und Warren inzwischen versuchen, die rechte Burenflanke zu umgehen. Die Besetzung von Ladysmith werde einen entscheidenden Ausschlag nach Westen machen, gleichzeitig werde Bullers Brigade die Burenstellungen bei Colenso angreifen.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 20. Januar.

Der Reichstag setzte heute die Beratung des Etats des Reichskanzlers fort. Weber Haus noch Tribünen waren irgendwie hart besetzt; es wurde eben kein „Juglück“ aufgeführt. Und doch war die Debatte im Grunde viel wichtiger, als die gezeigte, soweit sich diese auf die Interpellation Müller bezog; äußerlich wie innerlich knüpfte sie an den zweiten Theil der gestrigen Sitzung an. Die Erörterungen der Regierungsmänner und der Kontropposition über die Frage, ob die Sozialdemokratie eine vorübergehende oder eine dauernde Erscheinung sei, ob sich mehr die Politik des Zugewinners oder die des Abwartens empfehle, wurden fortgesetzt; aus diesem häuslichen Streit im Lager der Herrschenden entwickelte sich allmählich eine regelrechte Sozialistendebatte.

Im Namen unserer Fraktion hob Bebel mit Recht hervor, daß dieser Ausruf von Liebenswürdigkeiten zwischen Agitatoren und Gewerkschaften uns im Grunde sehr kalt läßt. Die Sozialdemokratie habe kein Interesse daran, ob man ihr so oder so, auf dem Wege der milden Pragis oder dem der Ausnahmestellung begegne. Es kam wieder einmal zu einem kleinen Zwischenstopp zwischen unserem Redner und dem Präsidenten, der das bekannte Kaiserwort von der vorübergehenden und sich auflösenden Erscheinung nicht erörtern wollte, weil dasselbe, wie der Graf-Präsident unter jüdischer Heiterkeit jagte, nicht im Reichsanzeiger gefunden habe. Als vorletzter Partisan der vorletzigen Rede Bebel's — der übrigen Redner aufmerksam

lauer lauschte, als der Reichskanzler, der in unmittelbarer Nähe des Redners Posto gefaßt hatte — sind seine gründliche Fertigung des Gründers Kardorff, des Sozialistenfeldes und Bleichröder-Fremdes, sowie der Hinweis auf Terrorismus der über Arbeiterterrorismus zitternden Konservativen zu betrachten; der letzte Stelle folgte lauter Beifall, der sich nicht auf die Punkte Sozialdemokraten beschränkte.

Hatte gleich bei Beginn der Sitzung der Herr Dr. in gewohnter Weise über die Noth der Landwirtschaft die Schlafheit der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie und verschiedene andere Dinge unter dem Himmel und der Erden geklagt, so sahen sich nach Bebel's Rede noch konservative Notabilitäten bemüht, nacheinander einen Klageakt gegen die Regierung auf den Tisch des Hauses zu legen. Der erste war der Herr v. Röcher, Präsident des Dreiklassenhauses und Außer im Streit im Kampf Konservativen gegen Hohenlohe. Der geschätzte Herr hatte unschätzbare Güte, durch den Gebrauch des kleinen und so bedeutungsvollen Wörtchens „mindestens“ Staatsstreiche gelüfte der Herren von der Rechten zuzugestehen: „mindestens von allen ihren verfassungsmäßigen Mitteln“ hätte die Regierung Gebrauch machen können um die Zuchthausvorlage durchzubrüden. Die Linke mischte sich sofort und wird Gebrauch davon zu machen wissen.

Nach dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Herr v. Er, der vom Zippertein geplagte Sohn seines Vaters, Vertreter von Jerichow, Fürst Herbert Bismarck empfahl — natürlich — die Politik der entschlafenen rüchigen Durchlaucht als unsehrbar wirksames Mittel, die Sozialistenplage; außerdem verzapfte er einige Worte aus dem dritten Bande der Bismarck-Memoiren, die belächelt dem Publikum vorab noch vorerhalten bleiben sollen, erging sich in heftigen Angriffen gegen Onkel Chlodwig in dem die Familie Bismarck einen usurpatorischen dringlich in das ihr von Gottes- und Rechtswegen zugefallene Reichskanzleramt sieht. Dagegen fiel allgemein die häßlichst möglich schonende Behandlung auf, die er Grafen Posadowsky zu theil werden ließ — sonst besäße sich doch Posa in gleicher Verdammniß mit Chlodwig, wenn etwa Herbert nach dem Rezept: „Theile und herrsche“ verfahren? Das that Vater Otto auch; aber er fing sich geschickter an als das Söhnchen. — Nichts zu sagen ist den dritten konservativen Mutabor, den Dr. Arendt, getauften Juden seines Zeichens, obwohl derselbe eine Stunde hindurch über Noth der Landwirtschaft, starke Mangel und Silberwährung redete.

Die Neben der Häupter der konservativen Opposition blieben Monologe: die anwesenden Mitglieder der Regierung erwiesen ihnen nicht die Ehre, darauf zu antworten. Hat's die Regierung mit den Konservativen verschüttet, so ließe sich damit trösten, daß sie das Vertrauen des Volkes besitzt, das ihr Herr Lieber mit all dem Pathos, das ihm Verfügung steht, entgegenbringt. Auch Herr Hofprediger E. giebt seinen Segen dazu, daß von einer Ausnahme gesetzgebung gegen die Sozialdemokraten Abstand genommen wird. Wird seinen Ausführungen geistliche Salbe abgestrichen, die er ihnen die Augen so bleibt ein sehr beherzigenswerther Kerl über beherzigenswerth nämlich für seine konservativen Ex-Parasiten!

Für die Erweiterung des Hauses, für welche gestern Liebermann gesorgt hatte, trug heute Herr v. Kardorff vor. Derselbe stellte den seligen Bleichröder als das Muster guten Christen hin, der sich selbst dann noch für Kardorff erwärmt habe, als es nichts mehr bei demselben zu dienen gab. Wie rührend.

Den Rest des Tages füllte eine Agrardebate aus. Eine ganze Brigade agrarischer Redner aus dem Jerwanow- und dem Zentrumslager zog gegen den freisinnigen Kleinbauern Steinhauer ins Feld; der beste Vertreter dafür, wie freisinnig manche der Ausführungen des genannten Herrn gesehen haben. — Nach fünfstündiger Sitzung verließ das Haus auf Montag. An diesem Tage wird die Beratung des Etats durch die erste Berathung der Novellen zur Unfallversicherung unterbrochen werden.

Aus den Verhandlungen geben wir nach den vorliegenden Berichten Folgendes wieder:

Abg. Bebel (Soz.): Einige Bemerkungen des Reichskanzlers Grafen von Balow könnten nach außen hin den Eindruck erwecken, als wenn die Sozialdemokratie das Unterstreichen der Interpellation abgelehnt hätte. Wir haben gar keine Entgegnung können, weil wir von den Interpellanten gar nicht gehört worden sind. — Es war vorher die Rede davon, daß die Engländer durch Spionierthätigkeit zu der Beschlagnahme deutscher Sapsitzanlagen worden sind. Wir Sozialdemokraten haben die Wahrheit solcher Provokationen durch Spione kennen gelernt. Es scheint durch eine Nachricht des hannoverschen Kuriers, daß die deutsche Gewehr auf dem Wege über China nach Transvaal geschickt seien, eine Nachricht, die in das Ausland gekommen ist, mancherlei erklären läßt, was sonst schwer zu verstehen ist.

Ich würde gar nicht auf die Debatte eingehen, wenn nicht provokirt worden wären, aber bekanntlich kann der Friede nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht (grüßlich) geht. Ich hätte nicht vermuthet, daß sich eine Sozialdebatte aus der Berathung des Etats des Auswärtigen Amt herauswinnen würde. (Präsident Graf v. Ballestrin macht den darauf aufmerksam, daß der Etat des Reichskanzlers und nicht des Auswärtigen Amtes auf der Tagesordnung steht.) Aus dem Etat des Reichskanzlers sind eine Sozialistendebatte kaum zu erwarten. Namentlich hat uns Herr von Kardorff provokirt, den Fall des Sozialistengesetzes noch immer nicht verschmerzt. Uebrigens wird er doch kaum behaupten können, daß Herr v. Bismarck mit seinem Sozialistengesetz größere Erfolge als mit dem Kampfe erzielt habe; durch den letzteren hat er das Zentrum aus der Lage der Partei gemacht und durch das erstere mächtig zu der Ausbreitung unserer Partei beigetragen. (Zuruf rechts.) 1881 wurden 312,000, 1890 als noch das Sozialistengesetz bestand 1,428,000 Stimmen für unsere Partei abgegeben (Zuruf rechts.) Gewiß, meine Herren, auch nach der Sozialdemokratie gemachtem: 1898 seien 2,125,000 Stimmen auf unsere Partei, was einen Zuwachs von 50 Prozent gegenüber 1890 bedeutet; und bei den nächsten Wahlen wird die Stimmenzahl ganz bedeutend steigen. — Ob Sie ein Sozialistengesetz machen oder nicht, ist deshalb sehr gleichgiltig; ja viele Freunde haben Sehnsucht nach einem solchen (Lachen rechts) in jener Zeit wurde unser Muth und unsere Opferwilligkeit besonders angefaßt. Beilich ist Ihnen, ein Länglein zu

spielen Sie nur auf; wir sind bereit! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wieder ist von dem Terrorismus die Rede gewesen, den wir ablehnen sollen. Ich möchte nur wissen, mit welchen Mitteln wir diesen Terrorismus ausüben sollen, während doch Ihnen und nicht uns alle die Mittel des Staates, Gesetz, Polizei und Richter, zur Verfügung stehen. Bekämen wir diese Macht, bekämen wir außerdem die Macht, sie in dem Sinne zu gebrauchen, den Sie uns unterzählen, so würden wir doch schon längst alle Arbeiter in unsere Partei hereingezogen haben. Übrigens, selbst wenn wir diese Macht hätten, wir würden sie eben nicht in dieser Weise gebrauchen; uns liegt nichts an Leuten, die nicht freiwillig zu uns kommen. (Große Heiterkeit.) Wenn irgend eine Partei gegen die Arbeiter-Terrorismus ausführt, so ist es sicher die konservative. (Sehr richtig! auf den ganzen Hinken.) Denken Sie an die Beherrschung der Wahlen, an die Behinderung der Koalitionsfreiheit, an die Angriffe auf die Pressefreiheit, an die Geständnisse, die besser eine Sklavereibehandlung hießen! (Unruhe rechts; sehr richtig! links.)

Man hat auf der Rechten die Regierung wegen Aufhebung des Verbindungsverbotes angeklagt, Graf Posadowsky erwiderte sehr richtig, die Regierung sei aus stichhaltigen Motiven verpflichtet gewesen, ihr Versprechen zu halten. Sollte sie nur nicht drei Jahre damit gewartet! — Auf alle Fälle war die Aufhebung des Verbindungsverbotes eine politische Notwendigkeit. Falls aber ist, wenn überhaupt wird, daß wir von dieser Aufhebung irgendwelche großen Vorteile mehr genützt, die uns mit einer Fülle von Agitationsmaterial versehen hätte. Haben Sie in unserer Presse irgendwelche Bemerkungen über die Gestaltung der Verbindung beobachtet? (Einmütige Zustimmung) Hat unsere Fraktion es abgelehnt, eine Aenderung unserer — wie Sie wissen, sehr guten — Organisation vorzunehmen. Wenn, nebenbei gesagt, Herr von Kardorff von dem Reichstag unsere Opferwilligkeit zum Muster zu nehmen. Der Herr Reichskanzler hat sich auf die Aenderung des Gesetzes bezogen, wonach die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung ist, die sich auflösen muß. Was das Töten betrifft, — wenn das die Meinung von der Rechten ist. (Unruhe rechts; sehr gut! links.) Eine solche „vorübergehende Erscheinung“ ist nun die Sozialdemokratie allerdings, genau so, wie auch die Höpfergüterndynastie eine solche ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das einzig Bleibende in der Welt ist eben der Wechsel. Gewiß wird die Sozialdemokratie verschwinden; doch erst dann, wenn sie ihre Ziele erreicht hat. Also natürlich kann man ohne Verneinung der modernen Entwicklungstendenzen nicht mit einem baulichen Bewußtsein rechnen. — Das gebe ich gern zu; ertäglicher als Ausdrücke wie „eine Motte von Menschen, die nicht weicht“, den Namen Deutsche zu tragen“ ist die Bezeichnung als „vorübergehende Erscheinung“ gewiß. Ich nehme an, daß nach dem Herr Reichskanzler sich mit dieser Aenderung des Gesetzes einverstanden erklärt hat (Stille des Präsidenten).

Präsident Graf Ballestrin: Sie dürften wohl auf die Worte des Reichskanzlers Bezug nehmen, aber nicht auf die des Kaisers, denn dieselben haben nicht im „Reichs-Anzeiger“ gestanden. (Stürmische Heiterkeit.)

Herr v. Bebel (fortfahrend): Da muß ich wohl auf den „Reichs-Anzeiger“ abkommen, um immer genau zu wissen, was darin steht. (Erneute Heiterkeit.) Ich möchte eben sagen, daß nach der gestrigen Aeußerung des Herrn Reichskanzlers Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß wir nicht allzuweit von Umsturz- und Zuchtstabsvorlesungen regiert werden.

Die sich Graf Posadowsky die Entwicklung der Sozialdemokratie vorstellt, so ist es nicht gegangen. Freilich ist die Sozialdemokratie ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung und nimmt in dem Maße zu, wie in Folge dieser Entwicklung immer größere Massen ins Proletariat herabdrücken. Die Gewerbeabteilung von 1892 bis 1896 zeigt eine erhebliche Abnahme selbständiger Existenzen in der Industrie. Die Proletariat haben in demselben Zeitraum um 2 Millionen zugenommen. Mit allen diesen Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art können Sie hiergegen nichts thun. Graf Posadowsky sagte, man müsse die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllen. Die Ansichten darüber, was berechtigte Wünsche seien, sind sehr verschieden. Das Einzelne, die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung aller Arbeiter läßt sich mit den bis heute angewandten Mitteln nicht erreichen. Führen Sie das allgemeine direkte Wahlrecht in den Einzelstaaten und Gemeinden ein, führen Sie die von uns vorgeschlagene Arbeiterorganisation ein, dann werden wir weiter kommen. Befriedigt freilich sind wir dann immer noch nicht. (Heiterkeit.) Der Herr v. Kardorff hat der Regierung vorgeworfen, sie habe vor der Sozialdemokratie kapituliert. Unser Bestreben ist das allerdings. (Heiterkeit.) Aber wir haben noch nicht davon bemerkt. — Der Vorwurf, der Reichskanzler habe das Reich in einen kapitalistischen Staat verandelt, ist ungerichtet. — Der Gedanke, für die Schutzpolitik einzutreten, ist dem Herrn von Kardorff, der sich rühmt, einer der ersten gewesen zu sein in dieser Beziehung, erst von dem seltsamen Biedröder eingegeben worden. Die Interessen des Großkapitals verlangten damals die Schutzpolitik. Unter der Schutzpolitik wurde das Großkapital treibhausmäßig gepflegt und die Antisemiten merken in ihrer Geistesumwandelung (Heiterkeit) nicht, daß sie dem Ruin des Handwerkesandes vorarbeiten, wenn sie die Schutzpolitik unterstützen. Hand in Hand ging mit der Schutzpolitik die Agrarpolitik. Fürst Bismarck gab der Schutzpolitik seine Unterstützung einmal weil er sich selbst für beruflich hielt agrarische Interessen zu vertreten, dann aber auch weil er durch die Schutzpolitik Mittel zu Herz- und Marinerestungen bekam. Der Vorwurf, die kapitalistische Entwicklung im Leben gerufen zu haben, trifft den Reichskanzler nicht. Die Gewerbeabteilung ergab, daß die von Landwirtschaft lebende Bevölkerung von 1892—1896 um 1/2 Millionen zugenommen, während die von Gewerbe, Industrie, Verkehr und Handel lebende Bevölkerung sich um 1/2 Millionen vermehrte bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um ca. 6 Millionen. Daran hat aber auch Fürst Bismarck seine Schuld, das ist die natürliche Entwicklung aller fortgeschrittenen Kulturländer. Um diese Entwicklung auf ihre Höhe zu bringen, werden wir alles thun, um das zu bekämpfen, was zum Schaden der Arbeiterschaft geführt wird. Die große Mehrheit der Interessenten sieht heute schon auf unserer Seite, wenn das auch in diesem Hause noch nicht so recht zum Ausdruck kommt. Herr von Kardorff hat sich Anfang der letzten Jahre an der Gründung verschiedener Bergbauunternehmungen beteiligt. Er bestreitet das nicht. In einem Brief vom 1878 oder 79 hat er aber erklärt, er habe sich an diesen Gründungen beteiligt, um die Mittel zu bekommen, seine politische Stellung hier auszufüllen, er der Segner der Diäten. Freilich, seine Stellung als Aufsichtsrath in der oberösterreichischen Zinkhütten-Gesellschaft bringt ihm mehr ein, als die Diäten für die letzten 200 Sitzungen jährlich! (Lärm, hört links.) Aber als am 4. April und 10. Mai 1873 hier große Debatten über die Beteiligung an der Gründungsperiode stattfanden, da erklärte Herr von Kardorff die Börse für den Magen, der den Umlauf der Säfte vermittelte. (Große Heiterkeit.) Heute bekämpft derselbe Herr die Entwicklung der Sozialdemokratie, die die Grundlage für die Entwicklung der Sozialdemokratie gewesen, so hat Herr von Kardorff diese Entwicklung nach Kräften unterstützt. Er hat christlich mitgearbeitet, daß die Sozialdemokratie stark geworden ist. Wir wünschen ihm zu seiner weiteren Thätigkeit von Herzen Glück. (Heiterkeit und Bravo b. d. Soz.)

Herr v. Strömer (kont.): Ich möchte zunächst mit einigen Worten auf die gestrige Aeußerung des Reichskanzlers eingehen. Die Sozialdemokratie sei eine vorübergehende Erscheinung. Wenn das auch der Fall wäre, so birgt sie doch immerhin gewisse Gefahren in sich, denen der Reichskanzler begegnen sollte. Die verbündeten Regierungen haben leider in den letzten Jahren die Sozialdemokratie nur gefördert. War man nicht entschlossen, ein Gesetz wie das zum Schutz der Arbeitswilligen durchzuführen, mindestens mit den durch die Verfassung gebotenen Mitteln. — (Lebhafte Zurufe links: Mindestens? Mindestens? Staatsstreiker!) Ne, ne, Sie können nicht raus! (Große Heiterkeit.) — dann hätte man die Lage besser gar nicht eingebracht. Man wirft uns vor, wir hätten nicht gewünscht, daß der Reichskanzler sein Versprechen über die Aufhebung des Verbindungsverbotes einlöse. Wir bebauern nur, daß er es überhaupt gegeben hat. Die Politik ist allerdings die Kunst des Möglichen. Aber Männer wie Friedrich der Große und Bismarck hielten eben mehr für möglich, als einzelne Herren heute. (Lebhafte Bravo! rechts.)

Herr v. Strömer (kont.): Herr v. Bebel hat behauptet, der erste Reichskanzler habe sich mit dem Sozialistengesetz seine Vorbeeren errungen. Wenn dieses Gesetz nicht die erhoffte Wirkung hatte, so ist der damalige Reichstag schuld, der es wesentlich abgeschwächt hat. Nicht alle, die heute sozialdemokratisch wählen, sind Sozialdemokraten aus Überzeugung. Fürst Bismarck war übrigens durchaus für die Verlängerung des Sozialistengesetzes, wie Herr von Strömer bezogen kann. Wenn Herr v. Bebel meint, ein neues Sozialistengesetz würde wiederum zur Stärkung seiner Partei beitragen, so möchte er doch logischer Weise selbst ein solches Gesetz einbringen. (Lachen links.) Für die Arbeiter ist bei uns zweifellos viel geschehen. Das treibende Mittel war bei Fürst Bismarck keineswegs sein Streben, Geld für das Heer zu schaffen, sondern ihn trieb sein warmes Herz für das gesamte Volk.

Der Herr Reichskanzler hat gestern von Gesetzentwürfen der Konservativen gesprochen, die an die Wand gemalt und dann vom Reichstag abgehängt seien. Ich weiß nur, daß der Herr Reichskanzler sich in solcher Lage befindet. (Sehr richtig!) Es ist ihm sogar dreimal so gegangen. (Sehr richtig! rechts.) Die Zuchtstabsvorlage bezeichnete er als das Mindestmaß dessen, was gefordert werden müsse. Schließlich wurden aber alle Paragraphen unter Beschütz abgehängt und der Rest war Schweigen. (Sehr wahr! rechts.) — Der Herr Reichskanzler hat die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung genannt. Vorübergehend ist Alles, jede Wasserflut, jede Feuerbrunst, es kommt nur darauf an, was übrig bleibt. (Sehr richtig! rechts.) Die gestern vom Bundesratspräsidenten entwickelten Theorien wären richtig, wenn die Sozialdemokraten die Möglichkeit gäben würden, sich in eine radikale Reformpartei umzugewandeln und unsere monarchische Verfassung anzuerkennen. Das thun sie aber nicht. Redner verbreitet sich des Weiteren über den Inhalt seines Vortrages und lobt die Willkür der auswärtigen Politik, die ganz in den Bahnen Bismarcks wandelt. Es wäre gut, wenn der Reichskanzler auch in der inneren Politik Bismarcks Bahnen gehen würde. (Beifall rechts.)

Herr v. Lieber (Zentrum): Uns sind die Narben dieser Bismarckschen Politik zu unauflöslich auf den Leib geschrieben worden, als daß wir eine Wiederaufnahme derselben wünschen könnten. (Sehr wahr! im Zentrum.) Was die Bekämpfung der Sozialdemokratie anlangt, so sind wir grundsätzliche Gegner jedes Ausnahmegesetzes. Es kann nichts Schlimmeres geben als solche Angriffe der Konservativen gegen die Regierung, wie sie jetzt erhoben werden. Die Herren scheinen damit unzufrieden zu sein, daß Fürst Bismarck sich parlamentarisch zu regieren vermocht. Dem Herrn Reichskanzler gebührt aber unser Dank, daß er Angelegenheiten der bedrohlichen äußeren Lage nicht zu einem Konflikt im Innern treibt. Wir sind bereit, ihn und seine Regierung zu stützen, nicht nur in der äußeren, sondern auch in der inneren Politik. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Steinhauser, Dr. Krondt, Söder, von Kardorff, Klose, Graf Bernstorff, Wingenheim und Schreppel wird der Etat des Reichskanzlers bewilligt. Sachl. Geh. Rath Fischer kommt außerhalb der Tagesordnung mit Erlaubnis des Präsidiums auf die Angelegenheit des Abg. Sachse gegen die jährlichen Vergütungspunkte zu. Er habe aber die bezüglichen Angaben Sachse amtlichen Bericht eingefordert, woraus zweifellos hervorgehe, daß der Abg. Sachse nicht hätte werden sollen. Er gebe dem Abgeordneten den guten Rath, sich bessere Vertrauensleute zu beschaffen.

Herr v. Söcker (Soz.) zur Geschäftsordnung: Den Rath, sich bessere Vertrauensleute zu beschaffen, wird wohl Kollege Sachse so lange nicht acceptiren können, als er nicht die Vertrauensleute der Regierung kennt und nicht weiß, ob deren Angaben richtig sind. Hierauf tritt Vertagung ein.

Arbeiterbewegung.

Aus Weiskensfeld meldet die Volkzeitung: Fünftausend Bergleute des sächsisch-böhmischen Braunkohlenreviers sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen zehn Prozent Pohnrerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden täglich und Einschränkung der Frauenarbeit.

In Kairo (Egypten) sind 4000 Zigarettenarbeiter in den Ausstand getreten.

Konferenz der deutschen Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer).

Die am 21. und 22. d. Mts. tagende Konferenz wurde vom Obmann der Arbeitnehmerbeisitzer Matthes-Weipzig eröffnet. Der erste Tag war der Annahmenden, wobei er lebhaft die ablehnende Haltung und das Nichterschienen der Berliner Gewerbegerichtsbeisitzer beklagte. Auf Vorschlag von Straß-Weipzig werden in das Bureau gewählt: Matthes-Weipzig zum ersten, Richter-Hamburg zum zweiten Vorsitzenden, Starke-Dresden zum ersten und Pfeiffer-Weipzig zum zweiten Schriftführer. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag Braunschweig: „Die Verhandlungen der Konferenz protokolllarisch aufzunehmen und in Broschürenform zum Selbstkostenpreise herauszugeben“, angenommen. Anwesend sind 72 Delegierte, welche 73 Gewerbegerichte vertreten. Heppner-Breslau ist die Vertretung für Bromberg mit Abstragen. Als Gäste sind anwesend Privatdozent Dr. Jaström-Carlsberg, Stadtrath Rosenfeld-Wülhausen in Th. und der stellvertretende Vorsitzende des Leipziger Gewerbegerichts Dr. Roth. In die Tagesordnung einleitend erhalt Dr. Jaström-Carlsberg das Wort zu seinem Vortrage: „Das Dienstverhältnis nach dem bürgerlichen Gesetzbuch und der gewerblichen Arbeitsvertrag.“ Redner ist der Ansicht, daß der Arbeitsvertrag im Großen und Ganzen durch Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches ebenso geregelt bleibt wie er durch die Gewerbeordnung bereits festgelegt ist. An einigen Stellen, z. B. Titel VI, enthalte dasselbe einige sich auf den Arbeitsvertrag (Dienstvertrag) bezühende Ergänzungen, die für das Dienstverhältnis von einschneidender Bedeutung sind. Redner geht die einzelnen Paragraphen durch und erläutert an Beispielen deren Anwendung und die gewerbegerichtlichen Rechtsprechung. Redner schließt seine mit viel dem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit den Worten: „In unserem Staate ist jeder Bürger Gesetzgeber am Tage der Staatswahl. Der oberste Gesichtspunkt, unter dem das bürgerliche Gesetzbuch anzusehen ist, ist der der Gerechtigkeit.“

Nach einleitender Mittagspause dankt Dr. Roth für die Einladung und bemerkt, daß er derselben gern gefolgt sei. Indem er den Ausführungen Dr. Jaström's im Allgemeinen zustimmt, begrüßt er diese Veranstaltung mit Freuden; allerdings würde es ihn auch freuen, wenn Seitens der Arbeitgeberbeisitzer Ähnliches angeregt würde. Er wünscht den weiteren Verhandlungen das beste Gelingen, damit auch draußen erkannt wird, wie ernst es den Arbeitnehmerbeisitzern mit ihren Forderungen ist. (Beifall.) Nach kurzer Diskussion wird die Erörterung des Vortrages bis zu Punkt 9 der Tagesordnung vertagt. Hierauf referirt E. P. v. Leipzig über § 70 des Gewerbegerichts-Gesetzes. Derselbe erläutert die Bestimmungen desselben und gibt eine Uebersicht der von den verschiedenen Gewerbegerichten auf Grund dieses Paragraphen abgegebenen Urtheile. Redner kritisiert die ablehnende Haltung des Leipziger Gewerbegerichts zum Antrage der Arbeitnehmer, betreffend Abgabe eines Gutachtens über den Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses (Zuchtstabsvorlage) und fordert die Arbeitnehmerbeisitzer auf, von dem § 70 in geeigneten Fällen Gebrauch zu machen und die Institution der Gewerbegerichte weiter auszubauen. Die Diskussion ist eine sehr reger. Heppner-Breslau

schließt sich den Ausführungen E. P. v. Leipzig, dieselben gänzlich an und kritisiert ebenfalls das Verhalten des Gewerbegerichts in der Angelegenheit des Gesetzentwurfes. Er behauptet, das gewerbliche Arbeitsverhältnis. In der Weise sprechen noch andere Teilnehmer zu diesem Punkte, und gegen 5 Uhr Nachmittags die Verhandlungen auf Montag 9 Uhr vertagt werden. Gegenstand der morgigen Verhandlung sind noch Anträge, Organisation der Beisitzer und Rechtsprechung der verschiedenen Gewerbegerichte.

Aus aller Welt.

Wegen Stillschließens in sieben Fällen, bezogen an Schulkinder unter 14 Jahren, verurtheilte die Strafkammer in Thorn den Volksschullehrer Frh. Steinko aus Bloth (Kreis Kulm) zu drei Jahren Gefängnis und Ehrverlust.

Wegen Ermordung seiner Ehefrau wurde in Kiel der Arbeiter Müller aus Barsby verhaftet. Das Verbrechen ist schon vor einem Jahre verübt worden und es sind in der Zwischenzeit bereits zahlreiche Personen unter dem Verdachte der Thäterschaft verhaftet worden.

Wieder drei Arbeiter verhaftet. In Darmstadt: führte am Freitag in der Feinertstraße ein Neubau ein. Drei Arbeiter wurden verhaftet.

Entführter Eisenbahnräuber. Ein Bauer, der seit Wochen die Eisenbahnstrecken Oberberg-Gratzen und Kattowitz-Bielitz dadurch unsicher machte, daß er Passagiere, zumeist deutsche Kaufleute, betäubte und dann beraubte, dem in einem Falle über achttausend Mark in die Hände fielen, ist, wie man aus Kattowitz berichtet, in der Person eines dortigen Hochaplens Namens Haber, auf früher That entlarvt und verhaftet worden.

Die wegen Kindesmordes zum Tode durch den Strang verurtheilte Postbeamten-Gattin Kutschera in Wien wurde vom Kaiser begnadigt und zwar zu acht Jahren schwerenerkers.

In dem Todesfall in Kratau meldet man: Nach Ansicht des Oberanwaltes des Reichsgerichts erfolgte der Tod des Kraulauer Assistenten Dr. Koschardt nicht durch Infektion mit Pest-Bazillen, da im Sputum absolut keine Spur solcher Bazillen vorgefunden wurde. Wahrscheinlich ist eine Infektion durch Streptokokken die Todesursache gewesen.

Die Pest in Honolulu. Aus Honolulu wird gemeldet: Bis heute sind hier 18 Pestfälle mit tödtlichem Ausgange vorgekommen; 26 Erkrankte befinden sich in ärztlicher Behandlung. Das Spinnennetz wird niedergebrannt werden, um die Seuche ganz zu unterdrücken.

lokales und Provinziales.

Dreslau, den 22. Januar 1900.

\* Stadtverordneten-Versammlung. Donnerstag, den 25. d. Mts., findet eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Auf der Tagesordnung stehen außer den in letzter Sitzung nicht erledigten Punkten (Auswahlgutachten über Festsetzung verschiedener Fluchtlinien, Aufhebung der Warmherzigen Brüderröhre, Abänderung der Schlichter-Ordnung zc.) u. A. neu die Session des Pachervertrags über das Terrain der Veloziped Rennbahn in Scheitnig; Staatsverpflichtungen für Schul- und Straßenbeleuchtungszwecke; Auswahlgutachten über den Bau der neuen Brüggen- und Maschinenbauhalle; Auswahlgutachten über die Ausführung der Breslauer Grundwasserzuführung; Grundstücksankäufe in Weidenhof, sowie an der Schulgasse, Uferstraße und Anderstienstraße; Festsetzung einer Mindestpension für städtische Beamte; Anstellung von Beamten, darunter die Anstellung einer Tagelöhnerin im Städt. Leihamt. In die öffentliche Sitzung wird sich eine geheime Sitzung anschließen.

\* Billets für die Volk-Vorstellung im Thalia-Theater am 4. Februar sind heute Abend im Sozialdemokratischen Verein („Drei Tauben“, Neumarkt 8) und von morgen ab in der Expedition der „Wolfsmacht“ zu haben. Zur Aufführung gelangt Max Halbe's modernes Drama: „Jugend“.

\* Wer da viel hat —! Zu unserer Notiz unter der obigen Spitzmarke schreibt man uns heute aus dem Leserkreise: „In der vorigen Woche berichteten Sie über die „Wohlthaten“, die Herr Kommerzienrath Arnhold, in Firma Casar Wolkeim, den Angestellten gelegentlich seines Jubiläums erwiesen hat. Es wurde dabei bemerkt, daß zweifelsohne auch den Arbeitern eine Gratifikation gewährt worden sei. Hierzu wird mir aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß man den Arbeitern nichts vergütet habe. Nur die in „verantwortlichen Stellungen“ befindlichen Personen, wie Steiger, Schiffskapitane zc., erhielten Monatsgehalt bonifiziert. Die Bureau-Angestellten bekamen allerdings Jahresgehalt als Jubiläumsgabe, jedoch liegt es, nach einem Rundschreiben, das an das Personal erging, nicht im Wunsche des Herrn Kommerzienraths, daß die Gelder abgehoben werden, vielmehr macht er den Leuten die Proposition, die Beträge weiter ansetzen zu lassen, die er alsdann mit 5 Prozent verzinst. Außerdem ist Herr Arnhold bereit, um den „Sparfuss“ der Komptoir-Angestellten zu fördern“, erübrigte Spargelder in Empfang zu nehmen und den gleichen Zinsfuß dafür zu zahlen. Es sieht es nun mit den Zuwendungen aus, die vielfache Millionäre spenden. Ob sich der Herr Kommerzienrath für den Fall, daß Handlungsgehilfen aus der Firma austreten, noch irgendwie verlauflicht hat, habe ich nicht erfahren können.“ — Die in vielen bürgerlichen Blättern über den Schellenhaus gelobte Wohlthätigkeit des Herrn Kommerzienraths Arnhold schrumpft demnach bei genauerer Betrachtung zu einem Nichts zusammen.

\* Ueber den neuesten Bergarbeiterstreik in Oberschlesien schreibt man uns:

Nach einer Ruhepause von kaum drei Monaten äußert sich schon wieder die Streikstimmung unter den ober-schlesischen Bergleuten, die besonders zur Zeit, als Ende des vorigen Jahres der Streik auf der Königshütte ausbrach, allenthalben eine bedenkliche Höhe erreicht hatte, durch den Mißerfolg von Königshütte aber schnell wieder gedämpft wurde.

Angeht die Möglichkeit, daß sich der Streik weiter ausbreitet — bei dem immer noch schwer berechenbaren Charakter der ober-schlesischen Bergarbeiterstreik ist es freilich auch möglich, daß er völlig heingeht, wenn diese Stellen er-scheinen —, ist es nicht unangebracht, sich die gegenwärtige Situation der ober-schlesischen Bergleute und die Folgen eines großen Streiks für sie zu vergegenwärtigen.

Die Organisationen, auf die bei einem Streik heuteutage so viel ankommt, sind bei den ober-schlesischen Bergleuten noch recht schwach. Gut gerechnet ist kaum ein Zehntel von ihnen organisiert. Dem entsprechen natürlich die Geldverhältnisse,

fallt bei einem Streik so sehr ankommt. Das ist auch alles, was gegen einen großen...

Ein großer Bergarbeiter-Ausschuss in Oberschlesien könnte jetzt zweifellos nur wenige Tage dauern.

Schon der gegenwärtige „normale“ Zustand auf den ober-schlesischen Kohlengruben hat uns in arge Kalamität ver-

Bei dem so schwer zu berechnenden Charakter der Ober-schlesien ist es schwerer als sonst zu prognostizieren.

Daher er es nicht und tritt auch auf anderem Wege sein Friede ein, dann kann allerdings das Jütchen leicht ein...

Die hiesige Handelskammer hat 50 Jahre ihres Bestehens hinter sich.

Heber die Bluttat auf der Chaussee, welche wir bereits kurz melden, werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Mann, wie gewöhnlich, seinen Dienst an. Als sich die letzten Leute entfernt hatten und am anderen Morgen das Grundstück wieder...

Die Mörder, welche am Freitag Abend, um einen Einbruch in das Piesker'sche Eisenlager an der Chaussee vor-

Ein Großstadtbild. Vor einigen Tagen hörten Passanten auf der hundsfelder Chaussee hinter der alten Oberbrücke eine Frau...

Stadt-Theater. Am Montag findet eine Aufführung von Wagners „Der fliegende Holländer“ statt.

Cobbe-Theater. Montag, Dienstag und Donnerstag finden Wiederholungen der Operette „Die Puppe“ statt.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater. Die neue Serie beginnt mit Volkes Schauspiel „Vorbeerbaum und Bettelstab“.

Feuertod. Am 20. d. Mts. Vormittags, wurde von Station 63 auf der Gartenstraße Feuer gemeldet.

Zur Ermittlung. Vor einigen Tagen sind auf der Schwelb-nikerstraße zwei Hypotheken-Baubriefe über je 300 M. gefunden worden.

Polizeiliche Meldungen. In das Polizeigefängnis wurden am 19. d. Mts. 26 Personen eingeliefert.

Blowen, 19. Januar. Raubmordprozess. Vor dem hiesigen Schwurgerichte begann heute die Verhandlung gegen den...

Tatort. 19. Januar. Eine Säbelsache. Am letzten Lohnstage hatte sich der Bergmann Wiegol einen starken...

Ständesamtliche Nachrichten.

Bom 20. Januar. Heiraths-Ankündigungen. II. Arbeiter Au u Matiol, ev., Klosterstraße 96, und Bertha Jonas, ev., hier.

Wasserstands-Nachrichten.

Table with columns for location (Breslau, Glatz, etc.) and water level measurements.

\* Auslieferungshöhe für Kottbus 3.22, für Trepten (Ober-Oberrheberg) 3.22.

Stadt-Theater. Montag: „Der fliegende Holländer“. Dienstag: „Nathan der Weise“.

Cobbe-Theater. Montag: „Die Puppe“.

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater. Mittwoch: „Der Knecht Ruprecht“.

Gelegenheitskauf. Samstags für Damen 1.75, Samstags für Herren 2.50.

W. Gluche. Neumarkt 13, Ecke Bräuerstraße.

Zeltgarten. Ab 16. Januar ganz neues Programm.

8 Schlager-Specialitäten. Das ist nur noch kurz Zeit die brillante Operette „Glück auf“.

Polster-Berg. Rosshaar, Moos, Indiarohr, Alcantara, Seegrass, Federn.

Jul. Moritz, Meister, 44, Kupferstraße 44.

Geld auf Pfänder. Friedrich Wilhelmstr. 621, Richard Keller, früher füragaber.

Frauenfrage und Socialdemokratie. Lily Braun-Gizycki.

Sonnabend den 26. d. Mts. verschied nach kurzer Krankheit unser Sportskollege und Fahrwart Herr Wilhelm Wende.

Herr Hermann Fischer im blühenden Alter von 27 Jahren. Dies zeigt im tiefsten Schmerz um stilles Beileid...

Am 20. d. Mts. früh 5 1/2 Uhr, entschlief sanft nach kurzen schweren Leiden mein innigstgeliebter Gatte, Sohn, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel, der Cigarrenmacher Hermann Fischer.

5 Pf. Sumatra-Cigarren, prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack.

5 Pf. Sumatra-Cigarren, Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner.

Neu eröffnet! Krählschneckenstraße 7.

socialdemokratischer Verein für Breslau u. Umgegend. Sonntag, den 28. Januar, Nachmittag 4 1/2 Uhr.

General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Erstattung des Jahresberichts.

15 000 Pfd. Cabliou sollen hier Montag, von 8 Uhr ab, bis Dienstag Abend per Pfd. im Ausschmitt zu 22 Pf. verkauft werden.

D. D.-F.-G. „Nordsee“ Schmiedebrücke 48. Scheitnigerstr. 37, Friedr. Wilhelmstr. 66.

Neu eröffnet! Krählschneckenstraße 7.

Neu eröffnet! Krählschneckenstraße 7.

Neu eröffnet! Krählschneckenstraße 7.